Ländlicher Raum. Beweg Dich.EU

Schriftenreihe
der Deutschen Landeskulturgesellschaft

Heft 13, 2016

Ländlicher Raum. Beweg Dich.EU

Schlüssige Ansätze zur Weiterentwicklung Ländlicher Räume
aus der Blickrichtung europäischer Staaten

Ländlicher Raum.
Beweg Dich.EU

Schlüssige Ansätze zur
Weiterentwicklung Ländlicher Räume aus der
Blickrichtung europäischer Staaten

Heft 13

Herausgeber der Schriftenreihe:
Deutsche Landeskulturgesellschaft
© 2016 DLKG

Zitiervorschlag:

Deutsche Landeskulturgesellschaft (2016): Ländlicher Raum. Beweg Dich.EU. Schlüssige Ansätze zur Weiterentwicklung Ländlicher Räume aus der Blickrichtung europäischer Staaten. – Schriftenreihe der Deutschen Landeskulturgesellschaft 13/2016: 94 S.

Einzelne Beiträge bitte wie folgt zitieren:

Kirchesch, M. (2016): Zur Notwendigkeit von Mobilität in ländlichen Räumen. – In: Deutsche Landeskulturgesellschaft [Hrsg.] (2016): Ländlicher Raum. Beweg Dich.EU. Schlüssige Ansätze zur Weiterentwicklung Ländlicher Räume aus der Blickrichtung europäischer Staaten. – Schriftenreihe der Deutschen Landeskulturgesellschaft 13/2016: 19–28.

Impressum:

Titel des Heftes in der Schriftenreihe der Deutschen Landeskulturgesellschaft:
Ländlicher Raum. Beweg Dich.EU. Schlüssige Ansätze zur Weiterentwicklung Ländlicher Räume aus der Blickrichtung europäischer Staaten

Ausgabe:
Heft 13/2016

Herausgeber:
Deutsche Landeskulturgesellschaft
c/o. ZALF e.V., Müncheberg, Institut für Landnutzungssysteme
Eberswalder Straße 84, D-15374 Müncheberg

Fachliche und redaktionelle Begleitung:
Dorett Berger**,** ZALF e.V., Eberswalder Str. 84, D-15374 Müncheberg
Dr. Andreas Blaufuß-Weih, Ginster Landschaft und Umwelt, Marktplatz 10a, D-53340 Meckenheim
Dipl.-Ing. agr. Kerstin Ebke, Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, Grüner Kamp 15-17, D-24768 Rendsburg
Viola Kannemann, ZALF e.V., Eberswalder Str. 84, D-15374 Müncheberg
Dipl.-Ing. geod. Thomas Mitschang, Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück, Rüdesheimer Straße 60-68, D-55543 Bad Kreuznach
Dipl.-Ing. agr. Joachim Omert, Amt für Ländliche Entwicklung Unterfranken, Zeller Str. 40, D-97082 Würzburg

Verantwortlich für den Inhalt:
Die Verfasser der Beiträge

Cover:
Foto mit freundlicher Genehmigung
von Dipl.-Ing. geod. Thomas Mitschang,
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück,
Rüdesheimer Straße 60-68, D-55543 Bad Kreuznach

Grafische Gestaltung: Viola Kannemann, ZALF e.V., Eberswalder Straße 84, D-15374 Müncheberg

Druck und Bindung:
Pro BUSINESS Digital printing & copyservice GmbH
Schwedenstraße 14, D-13357 Berlin

Zu beziehen über:
Geschäftsstelle der Deutschen Landeskulturgesellschaft
c/o. ZALF e.V., Müncheberg, Institut für Landnutzungssysteme
Eberswalder Straße 84, D-15374 Müncheberg

Preis: 15 EUR zuzüglich Versand

Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers.

© 2016 DLKG
ISSN: 1614-5240

Inhaltsverzeichnis

Ländlicher Raum. Beweg Dich.EU

Vorwort: Ländlicher Raum. Beweg Dich.EU: Schlüssige Ansätze zur Weiterentwicklung ländlicher Räume aus der Blickrichtung europäischer Staaten (Karl-Heinz Thiemann) 11

Zur Notwendigkeit von Mobilität in ländlichen Räumen (Moritz Kirchesch) 19

Sorgende Gemeinschaften – neues Leitbild im demografischen Wandel (Andrea Soboth) 29

Wie können wir Fachkräfte in der Großregion ausbilden und halten? (Günther Schartz) 35

Wiederbelebung des „leergelaufenen“ Lachaussée im wirtschaftlichen, sozioökonomischen und kulturellen Sektor mit Mikroinitiativen vor Ort (**Hinweis:** Beitrag in Französisch) (Gérard Peltre) 41

Wie gehen wir mit den Älteren in ländlichen Räumen um? – Strategien für europäische Partnerländer (Marianne Granz) 45

La mobilité rurale alternative en Wallonie – eine anwendungsorientierte Studie des Netzwerkes der Mobilitätsberater der Wallonie (**Hinweis:** Beitrag in Französisch) (Daniel Ledent) 51

LEADER-Periode 2014 bis 2020: Erste grenzüberschreitende Entwicklungsstrategie im deutsch-luxemburgischen Moseltal (Philippe Eschenauer) 55

Terroir Moselle – gemeinsam stärker. Zukunftsweisende, grenzüberschreitende Zusammenarbeit im europäischen Tal der Mosel (Ségolène Charvet)
……..…….. 57

Vitalität und Attraktivität ländlicher Räume in der Schweiz durch Zusammenarbeit verschiedener Akteure fördern (Gustav Munz)
……..…….. 67

Resümee: Ländlicher Raum. Beweg Dich.EU: Schlüssige Ansätze zur Weiterentwicklung ländlicher Räume aus der Blickrichtung europäischer Staaten
(Thomas Mitschang)
……..…….. 71

Anschriften der Autoren
……..…….. 93

Vorwort

Ländlicher Raum. Beweg Dich.EU
Schlüssige Ansätze zur Weiterentwicklung ländlicher Räume aus der Blickrichtung europäischer Staaten

Karl-Heinz Thiemann

Die ländlichen Räume stehen vor großen Herausforderungen. Dies gilt insbesondere für die strukturschwachen Regionen, in denen die Folgen des demografischen Wandels besonders stark zu Tage treten. Um dies besser nachvollziehen zu können, soll ein kurzer Blick auf die großräumige Raum- und Siedlungsstruktur geworfen werden, die sich in drei grundsätzliche Regionstypen gliedern lässt.

Wachstumsregionen: In Deutschland und Westeuropa werden über 10 % des Gesamtraumes von städtischen Agglomerationen eingenommen. Die ländlichen Räume im direkten Einflussbereich dieser Ballungsräume umfassen, bei leicht steigender Tendenz, inzwischen fast 20 % der Gesamtfläche. Trotz des seit etwa zehn Jahren festzustellenden Trends zur Reurbanisierung (Rückkehr zum Wohnen in der Stadt) zieht es junge Familien, Dienstleistung, Gewerbe und Industrie wegen des preisgünstigeren Baulandes und guter Verkehrsanbindungen nach wie vor in das ländliche Umland der größeren Städte. Diese als Suburbanisierung bezeichnete Entwicklung führt in den Regionen zu einem Verlust des ursprünglichen Charakters, bedingt aber ein attraktives Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie eine gute Versorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs. Zudem stehen durch die Nähe zu den Agglomerationen die vielfältigen Möglichkeiten leistungsfähiger Oberzentren unmittelbar zur Verfügung.

Die Suburbanisierung führt zu einer siedlungsstrukturellen und sozio-kulturellen Vereinheitlichung und in deren Folge zu einem Verlust an heimatlicher Identität. Diese negativen Folgen werden aber von der überdurchschnittlich guten sozio-ökonomischen Entwicklung überstrahlt. Der Zuzug und die Siedlungstätigkeit halten daher unvermindert an und machen die Regionen im Wettbewerb vor allem durch das Angebot an hochwertigen Arbeits- und Ausbildungsplätzen auch in Zukunft überaus attraktiv.

In der räumlichen Planung gilt es vor allem, das anhaltende Wachstum im Sinne einer nachhaltigen Siedlungs-, Freiraum- und Infrastrukturentwicklung zu lenken. Konkret bedeutet dies, mit den formellen Verfahren der Regional- und Bauleitplanung die unterschiedlichen Anforderungen an den Raum aufeinander abzustimmen und mit den Instrumenten der Bodenordnung durch Anpassung der Eigentums- und Besitzverhältnisse die beabsichtigten Flächennutzungen möglichst konfliktfrei zu realisieren. Da hierbei auf die seit Jahrzehnten bewährten Planungs- und Ordnungsprozesse der Stadt- und Landentwicklung zurückgegriffen werden kann, stellen die Wachstumsregionen in der Entwicklung quasi Selbstläufer dar.

Stabile Regionen: Der Fläche nach weist ein Anteil von fast 40 % des Gesamtraumes eine funktionierende zentralörtliche Gliederung auf. Die ländlichen Räume in diesem Bereich haben eine gute wirtschaftsgeographische Lage und sind sowohl durch Straßen als auch durch den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) bedarfsgerecht erschlossen und in ein Netz von leistungsfähigen Ober- und Mittelzentren eingebunden. Zudem verfügen sie selbst über eine ausreichende Anzahl von Grundzentren, die die notwendige Daseinsvorsorge in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Pflege für alle Bevölkerungsschichten einschließlich der Kinder-, Jugend- und Seniorenbetreuung sicherstellen.

Diese Regionen verfügen – wie die Wachstumsregionen – über die Vorteile der Verdichtung, ohne jedoch die negativen Folgen einer allzu starken Suburbanisierung mit dem Verlust von Naturnähe und eigener Identität in Kauf nehmen zu müssen. Im Vergleich mit den anderen Typen bestehen hier die besten Lebensverhältnisse und die Bewohner sind mit der Entwicklung auf der Grundlage eines moderaten Wachstums überaus zufrieden, weil es keine nennenswerten Probleme gibt. Es besteht aber die latente Gefahr, dass Teilbereiche der stabilen Regionen in die Schrumpfung abgleiten.

Schrumpfungsregionen: Die strukturschwachen, peripher gelegenen Regionen umfassen, bei leicht steigender Tendenz, ungefähr 30 % des Gesamtraumes in Deutschland und Westeuropa. Ihre Entwicklungsprobleme lassen sich mit den Schlagworten "wirtschaftsgeographische Abgeschiedenheit", "schlechte Verkehrsanbindung" sowie "unzureichende zentralörtliche Ausstattung mit Ober-, Mittel- und Grundzentren" umreißen, in deren Folge eine geringe Wirtschaftsleistung mit einem schwachen Arbeitsmarkt und unattraktiven Ausbildungsmöglichkeiten entstanden ist.

Dies führt zur Abwanderung gerade der jungen Menschen und damit zu Problemen in der Auslastung der Daseinsvorsorge sowie dem Schließen von Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, aber auch von Handels- und anderen Dienstleistungsbetrieben.

Damit ist eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt, die auch als regionaler Teufelskreis bezeichnet wird, weil sich die Probleme gegenseitig verstärken und so kulminieren. Ein oft schlechtes Image und eine schwache kommunale Finanzkraft erschweren zudem ein aktives Gegensteuern durch die Gemeinden. Neben all diesen Herausforderungen spüren die Regionen besonderes stark die Auswirkungen des demografischen Wandels.

Der demografische Wandel wird durch die drei Faktoren absolute Bevölkerungsentwicklung, Alterung der Gesellschaft und Binnenwanderung bestimmt. Die Zu- und Abwanderung ist in erster Linie ausbildungs- und berufsmotiviert und betrifft vor allem junge, schulisch gut ausgebildete Menschen im Alter zwischen 18 und 35 Jahren in der Phase ihrer weiteren Ausbildung, beruflichen Orientierung und Familiengründung. So wird zum Beispiel die Bevölkerung des Landes Sachsen-Anhalt nach den Erhebungen des Statistischen Landesamtes von ursprünglich 3 Mio. Einwohnern nach der Wende 1989/90 auf rund 2 Mio. Einwohner im Jahr 2025 sinken. Dieses Minus von 30 % in 35 Jahren entspricht einem jährlichen Gesamtverlust von 1,2 %. Gleichzeitig steigt das Durchschnittsalter der Menschen in Sachsen-Anhalt von 39 (1989/90) auf über 50 im Jahr 2025, womit das Land der Bevölkerung nach von einem der jüngsten zu einem der ältesten Bundesländer in Deutschland werden wird.

Die Abwanderung stellt die subjektive Reaktion auf fehlende Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten dar und ist deshalb ein Phänomen aller strukturschwachen, peripher gelegenen Regionen. Die Entwicklung verläuft in allen Schrumpfungsregionen ähnlich und führt zu einer drastischen Verschärfung des Bevölkerungsrückgangs und der Alterung der Gesellschaft. Ferner gehen den Regionen gerade die motivierten, leistungsstarken und engagierten Menschen verloren, die in Beruf und Ehrenamt maßgeblich zur Entwicklung beitragen könnten.

Die eingangs genannten Wachstumsregionen, aber auch die stabilen Regionen profitieren von der Binnenwanderung, indem die allgemeine Abnahme und Alterung der Bevölkerung durch die Zuwanderung aus den Schrumpfungsregionen ausgeglichen und in den Wachstumsregionen sogar umgekehrt wird.

Sie laden ihre Probleme aus dem demografischen Wandel damit in den Schrumpfungsregionen ab, die allein mit einer drastischen Abnahme und Alterung ihrer Bewohner dastehen.

Um hierauf angemessen reagieren zu können, ist eine Doppelstrategie in der Landentwicklung notwendig, die einerseits die Siedlungs- und Infrastrukturen sowie das dörfliche Gemeinschaftsleben an die geringer und älter werdende Bevölkerung anpasst und andererseits die Haltefaktoren stärkt, um der anhaltenden Abwanderung entgegenzuwirken und diese soweit wie möglich abzuschwächen. Daher sind die klassischen Instrumente der Bodenordnung und Dorferneuerung nach wie vor gefragt und notwendig, um attraktive Lebensverhältnisse zu gewährleisten und die wirtschaftliche Entwicklung zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Ausbildungsstätten zu unterstützen. Die Potenziale und Möglichkeiten der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) wurden bereits auf der 27. Bundestagung der DLKG vom 4. bis 6. Oktober 2006 in Montabaur „Ländlicher Raum auf Roter Liste – Herausforderungen und Chancen“ aufgezeigt und erörtert. Trotz aller Bemühungen muss jedoch mit einer weiteren Abwanderung gerechnet werden. Der demografische Wandel ist unaufhaltsam, so dass die bisher verfolgten Wachstumsstrategien in den betroffenen Regionen auf Schrumpfung umzustellen sind. Der hierzu notwendige Handlungsbedarf umfasst in erster Linie drei Bereiche.

1. Anpassung der Siedlungs- und Infrastrukturen – Rückbau:

Die Auslastungs- und Leerstandsprobleme zeigen sich zunächst in den Ortskernen, greifen mittlerweile aber auch auf die frühen Neubaugebiete der 1960er und 1970er Jahre über. Um den Funktionsverlusten wirksam zu begegnen, müssen die Siedlungs- und Infrastrukturen an die geringere Bevölkerung und den geringeren Bedarf angepasst werden. Typische und bewährte Maßnahmen sind zum Beispiel Leerstandskataster, Verzicht auf die Neuausweisung von Bauland, Rücknahme bestehenden und bisher nicht genutzten Baurechts, Gebäudebörsen, Förderung des Erwerbs von Gebrauchtimmobilien sowie deren Um- und Nachnutzung, Entkernung von innerörtlichen Quartieren, Abriss von Altgebäuden, Ausweisung von innerörtlichen Neubaugebieten bis hin zur Nutzung des nicht mehr benötigten Baulandes als Frei- und Grünflächen.

Diese Maßnahmen führen von der klassischen Dorferneuerung zum Dorfumbau. Die hierzu im Einzelnen erforderlichen Strategien und Maßnahmen wurden auf der 30. Bundestagung der DLKG vom 14. bis 16. Oktober 2009 in Würzburg „Dörfer ohne Menschen – Zwischen Abriss, Umnutzung und Vitalisierung“ herausgearbeitet.

Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Würzburger Erklärung 2009 der DLKG zur Dorfinnenentwicklung, die die notwendigen Handlungserfordernisse in einem 10-Punkte-Programm wie folgt prägnant zusammenfasst:

Würzburger Erklärung 2009 der DLKG zur Dorfinnenentwicklung

1. Interkommunale Zusammenarbeit und regionale Kooperation sind Voraussetzung und Strategie für eine erfolgreiche Zukunftsgestaltung im ländlichen Raum.
2. Multifunktionale Angebote der Daseinsvorsorge sind vorzuhalten – Erreichbarkeiten sind zu sichern.
3. Infrastruktur auf dem Land benötigt funktionierende Netzwerke.
4. Dörfer müssen sich selbst helfen – in Zukunft aber am besten in interkommunaler Abstimmung.
5. Bevölkerungsrückgang und Überalterung zwingen Kirchen, Vereine und Sozialträger andere Wege einzuschlagen und neue Kooperationsformen zu wählen.
6. Offene Netzwerke für Dorfprojekte werden zu den „Vereinen“ der Zukunft.
7. Soziale Prozesse in den Dörfern erfordern Innovatoren und benötigen gezielte Unterstützung.
8. Eine nachhaltige Innenentwicklung wird nur durch ein partizipatives Flächenmanagement Erfolg haben können.
9. Die Sensibilisierung der Menschen in den Dörfern ist eine schwierige Aufgabe – die Menschen sind dort abzuholen, wo sie stehen.
10. Nur mit einer breiten Akzeptanz und Beteiligung Aller sind Erfolge in der Dorfinnenentwicklung möglich.

Fazit: Soll das Dorf als Wohn- und Lebensraum auf Dauer attraktiv bleiben, ist ein Problembewusstsein für die Dorfinnenentwicklung notwendig. In den Dörfern muss eine Aufbruchstimmung entstehen.

2. Change Management – Wandel in den Köpfen:

Zwingende Voraussetzung für einen erfolgreichen Dorfumbau im vorbeschriebenen Sinn ist entsprechend dem Fazit sowie den Punkten 9 und 10 der Würzburger Erklärung, dass die Bürger, Akteure und Entscheidungsträger in den Gemeinden die heutigen Rahmenbedingungen des demografischen Wandels annehmen.

Sie müssen zu der eigenen Erkenntnis gelangen, dass Lösungen der Vergangenheit nicht mehr funktionieren, sondern ein völlig anderes Vorgehen notwendig ist.

Dieser „Wandel in den Köpfen“, d. h. die mentale Umstellung von Wachstums- auf Schrumpfungsstrategien, kann über ein Change-Management in den Prozessen der Landentwicklung erreicht werden, wie es auf der 33. Bundestagung der DLKG vom 25. bis 27. September 2012 in Wetzlar „Wandel in den Köpfen!? – Wie kann durch Veränderungsprozesse die Zukunft in strukturschwachen Räumen gestaltet werden?“ aufgezeigt wurde.

3. Soziale Ausrichtung – demografie-gerechter Dorfumbau:

Die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Bürger werden sich in einer alternden Gesellschaft fundamental ändern und erfordern nicht nur andere Mobilitäts-, Versorgungs-, Freizeit- und Kulturangebote, sondern auch neue Formen des dörflichen Miteinanders. Dieser soziale Ansatz, der mit dem Ziel der Wiederbelebung des dörflichen Gemeinschaftslebens schon seit langem elementarer Bestandteil der klassischen Dorferneuerung ist, muss auch zum festen Bestandteil des Dorfumbaus werden.

Der Dorfumbau war bisher zu sehr auf die Innenentwicklung und Gebäudeumnutzung sowie den Rückbau und die Aufwertung des Wohnumfelds ausgerichtet. Notwendig sind darüber hinaus Barrierefreiheit, innovative und wirtschaftlich tragfähige Lösungen für die technische und soziale Infrastruktur sowie bedarfsgerechte Sport- und Freizeitangebote. Ferner sind die Nahversorgung und Daseinsvorsorge, zum Beispiel über mobile Versorger, zu gewährleisten. Neue Formen des Wohnens und dörflichen Zusammenlebens sind gefragt, um Betreuung und Pflege zu sichern und ein Altwerden zu Hause zu ermöglichen.

Ein erfolgreicher Dorfumbau in diesem Sinn setzt jedoch ein bewusstes Umdenken aller an diesem Prozess Beteiligten voraus. Damit entstehen Dörfer zunächst im Kopf, um dann die Veränderungsprozesse mit den Menschen gestalten zu können. Zu verweisen ist daher auf die 35. Bundestagung der DLKG vom 16. bis 18. September 2014 in Zwickau, die mit dem Thema „Dorfumbau: Dörfer entstehen im Kopf! – Wie können die Veränderungsprozesse mit den Menschen gestaltet werden?“ erfolgreiche Strategien in Theorie und Praxis aufgezeigt hat.

Das Phänomen strukturschwacher Regionen, die von wirtschaftlichen Problemen und Abwanderung betroffen sind, ist nicht neu, sondern seit jeher eine Herausforderung in der Landesentwicklung. Neu ist jedoch die Überlagerung mit den Folgen des demografischen Wandels.

Um den sich daraus ergebenden Herausforderungen wirksam begegnen zu können und die Chancen für die Entwicklung der ländlichen Räume zu nutzen, hat die Deutsche Landeskulturgesellschaft (DLKG) gemeinsam mit Praktikern und maßgeblichen Institutionen wie der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Nachhaltige Landentwicklung (ArgeLandentwicklung) in den letzten Jahren das Konzept des demografiegerechten, sozialen Dorfumbaus entwickelt, der in eine gemeindeübergreifende regionale Entwicklungsstrategie (ILE) eingebunden sein muss. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass dem Thema „Mobilität“ in all seinen Facetten eine Schlüsselrolle bei der Weiterentwicklung schrumpfender Regionen zukommt. Als Beispiele seien nur eine leistungsfähige Breitbandversorgung, tragfähige Verkehrsangebote, die Nahversorgung durch fahrende Händler und Dienstleister oder die mobile medizinische Versorgung und Pflege genannt.

Da es keine Patentrezepte zur Entwicklung ländlicher Räume geben kann, sind die konkreten Strategien und einzelnen Projekte natürlich in den Regionen durch die Akteure selbst zu erarbeiten und umzusetzen, abgestimmt auf die örtlichen Verhältnisse. Dies setzt wiederum aktive und initiative ländliche Räume voraus, die – bildlich gesprochen – agil sind und sich bewegen.

In diesem Sinn war das Tagungsthema der 36. Bundestagung der DLKG vom 8. bis 10. September 2015 in Birkenfeld (Rheinland-Pfalz) „Ländlicher Raum. Beweg Dich. EU – Schlüssige Ansätze zur Weiterentwicklung ländlicher Räume aus der Blickrichtung europäischer Staaten“ bewusst gewollt doppeldeutig zu verstehen. Es sollte auf die Mobilität als wichtiges Themenfeld der Erarbeitung von regionalen Entwicklungsstrategien hinweisen, und es sollte zugleich die Eigeninitiative der Akteure im ländlichen Raum als notwendige Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung betonen.

In einem internationalen Erfahrungsaustausch wurden innovative Ideen und neue Handlungsansätze zur Weiterentwicklung schrumpfender Regionen anhand von Strategien und konkreten Beispielen aus der Schweiz, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland vorgestellt, diskutiert und erörtert. Damit wurden wesentliche Ansätze zur Lösung zentraler Schlüsselfragen erarbeitet:

1. Wie können die lokalen und regionalen Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten verbessert werden?
2. Wie kann eine ausreichende Mobilität in schwach besiedelten Regionen gewährleistet werden?
3. Wie können zukunftsfähige sorgende Gemeinschaften im ländlichen Raum initiiert und aufgebaut werden?

In diesem Zusammenhang gilt mein besonderer Dank dem Vorbereitungsteam der DLKG-Arbeitsgruppe Rheinland-Pfalz – Hessen – Saarland. Unter der fachlichen Leitung von Herrn Prof. Axel Lorig haben Herr Thomas Mitschang, Frau Andrea Soboth und Herr Otmar Weber die Veranstaltung konzeptionell vorbereitet, inhaltlich ausgestaltet und organisiert. Ferner gilt mein ausdrücklicher Dank den Partnern dieser Tagung, die die inhaltliche Ausgestaltung und organisatorische Durchführung mitgetragen haben. Zu nennen ist – wie immer – die Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Nachhaltige Landentwicklung (Arge Landentwicklung) und die Akademie Ländlicher Raum Rheinland-Pfalz. Ferner möchte ich von den vielen Organisatoren und Helfern Frau Viola Kannemann für die professionelle Vorbereitung der Einladungen, die Zusammenstellung der Tagungsunterlagen und die Leitung des Tagungsbüros sowie Frau Stefanie Flecke für das Finanzierungsmanagement besonders hervorheben und im Namen der DLKG herzlich danken.

Die große Resonanz von über 100 Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland verdeutlicht die Bedeutung des Themas „Mobilität“ für die Entwicklung der ländlichen Räume. Die drei Thementische (Workshops) des ersten Tages, die exzellenten Referenten mit ihren Vorträgen sowie aufschlussreiche Diskussionen und die anregenden Exkursionen am dritten Tag haben den Erfolg der Tagung sichergestellt, einen internationalen Erfahrungsaustausch ermöglicht und richtungsweisende Impulse zum dringend notwendigen demografiegerechten Dorfumbau gegeben, die nachhaltig weiter wirken werden. So wünsche ich allen Lesern des vorliegenden Tagungsbandes der 36. Bundestagung der DLKG „Ländlicher Raum. Beweg Dich. EU – Schlüssige Ansätze zur Weiterentwicklung ländlicher Räume aus der Blickrichtung europäischer Staaten“ ebenso aufschlussreiche Erkenntnisse, verbunden mit einem ausdrücklichen Dank an die Referenten und Autoren der folgenden Beiträge.

Karl-Heinz Thiemann

Zur Notwendigkeit von Mobilität in ländlichen Räumen

Moritz Kirchesch

Deutschlands ländliche Räume sind heterogen und vielfältig. Neben prosperierenden ländlichen Regionen, häufig im Einzugsbereich von Ballungszentren, existieren abgelegene ländliche Regionen mit niedriger Bevölkerungsdichte und schwacher Wirtschaftskraft. Insbesondere in diesen dünnbesiedelten Gebieten zeigen sich die Konsequenzen des demografischen Wandels schon heute in ihrer ganzen Härte. Dort wo die Bevölkerungszahlen sinken, schrumpft auch die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Als Reaktion schließen Einrichtungen der sozialen Infrastruktur, der Versorgung und der Kultur. Weitgestreute Wohnstandorte und auf zentrale Orte konzentrierte Versorgungs- und Dienstleistungsangebote erschweren die Teilhabe an Bildung, Gesundheit und anderen Bereichen der Daseinsvorsorge und machen ein hohes Maß an Mobilität erforderlich.

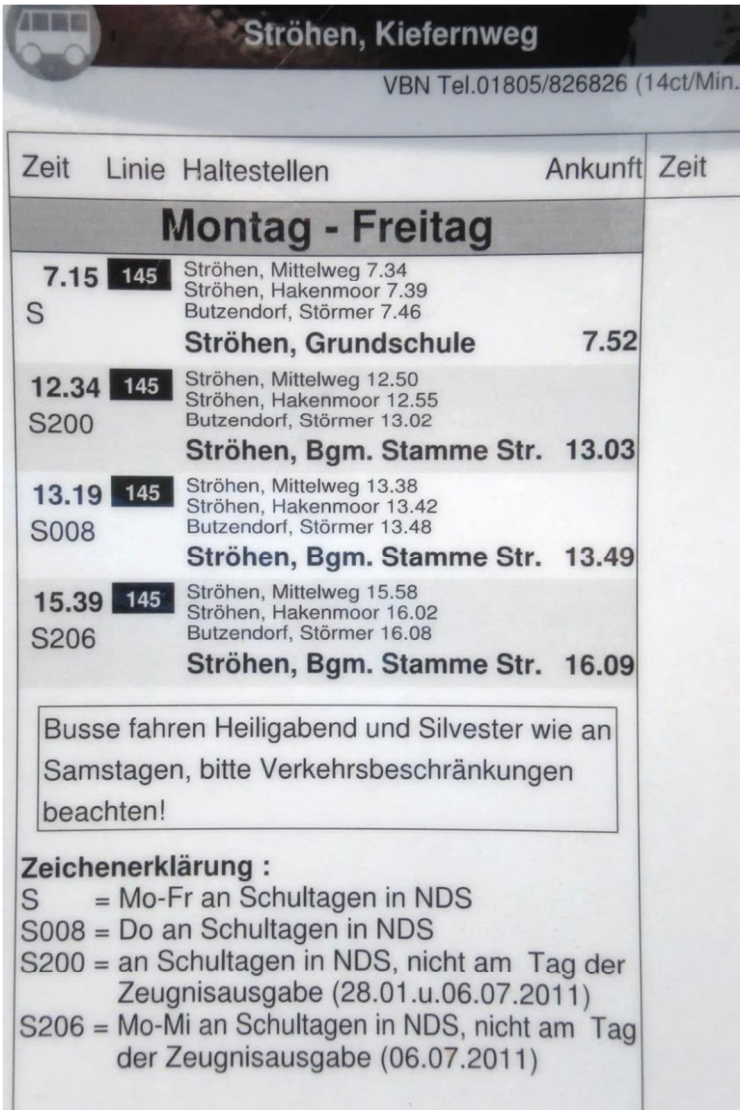
Das, was unter Daseinsvorsorge zu verstehen ist, ist dabei nicht eindeutig geregelt. Zwar verpflichtet der Daseinsvorsorgeauftrag den Staat und die Kommunen, für ihre Bürgerinnen und Bürger bestimmte Leistungen vorzuhalten, aber es bleibt offen, welche Leistungen und welches Versorgungsniveau damit verbunden sind. Dies führt insbesondere in Zeiten einer prekären öffentlichen Haushaltslage zur Diskussion um die Ausgestaltung der Aufgaben der Daseinsvorsorge.

Öffentlicher Nahverkehr als Schlüssel zur Teilhabe

Im Zuge dieser Diskussion wird stets auch die Notwendigkeit eines flächendeckenden Angebots des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) kritisch hinterfragt, denn eine Verpflichtung dazu gibt es nicht.

Auf die Unterauslastung von Versorgungseinrichtungen kann mit einer räumlichen Konzentration auf zentrale Orte reagiert werden, so dass Lebensmittelgeschäfte, Ärzte, Schulen etc. in der Regel in den Hauptorten zu finden sind. Diese Möglichkeit besteht beim öffentlichen Verkehr nicht.

Im Gegenteil: Dieser muss gerade bei geringer Nachfrage und der damit verbundenen räumlichen Konzentration von Einrichtungen der Daseinsvorsorge größere Flächen erschließen und damit mehr leisten (BMVBS/BBSR 2009).



Ströhen, Kiefernweg

VBN Tel.01805/826826 (14ct/Min.

Zeit	Linie	Haltestellen	Ankunft	Zeit
Montag - Freitag				
7.15 S	145	Ströhen, Mittelweg 7.34 Ströhen, Hakenmoor 7.39 Butzendorf, Störmer 7.46 **Ströhen, Grundschule**	**7.52**	
12.34 S200	145	Ströhen, Mittelweg 12.50 Ströhen, Hakenmoor 12.55 Butzendorf, Störmer 13.02 **Ströhen, Bgm. Stamme Str.**	**13.03**	
13.19 S008	145	Ströhen, Mittelweg 13.38 Ströhen, Hakenmoor 13.42 Butzendorf, Störmer 13.48 **Ströhen, Bgm. Stamme Str.**	**13.49**	
15.39 S206	145	Ströhen, Mittelweg 15.58 Ströhen, Hakenmoor 16.02 Butzendorf, Störmer 16.08 **Ströhen, Bgm. Stamme Str.**	**16.09**	

Busse fahren Heiligabend und Silvester wie an Samstagen, bitte Verkehrsbeschränkungen beachten!

Zeichenerklärung :
S = Mo-Fr an Schultagen in NDS
S008 = Do an Schultagen in NDS
S200 = an Schultagen in NDS, nicht am Tag der Zeugnisausgabe (28.01.u.06.07.2011)
S206 = Mo-Mi an Schultagen in NDS, nicht am Tag der Zeugnisausgabe (06.07.2011)

Fahrplan (Foto: Moritz Kirchesch)

In der Praxis wird aber aufgrund finanzieller Zwänge der Auftrag, den ÖPNV überall und für jeden als Teil der Daseinsvorsorge einzurichten, vielfach nicht als Verpflichtung begriffen. Häufig orientieren sich Linienführung und Fahrplan ausschließlich am Schülerverkehr. So ist das Angebot außerhalb der Schulzeiten, am Wochenende oder in den Ferien sehr dünn beziehungsweise fehlt ganz.

Abseits der Hauptlinien verweist in vielen kleinen Dörfern der Fahrplan oft nur auf die Möglichkeit von Anrufsammeltaxis, die schon am Tag vor der geplanten Fahrt bestellt werden müssen.

Der ländliche Raum ist autodominiert

Im dünnbesiedelten ländlichen Raum ist das Auto meist die einzige Möglichkeit, Einrichtungen der Daseinsvorsorge in akzeptabler Zeit zu erreichen. Wer altersbedingt schon beziehungsweise noch fahren kann, nutzt den Pkw. Was aber tun die Menschen, die noch nicht oder nicht mehr fahren können? Was tun diejenigen, die sich aus finanziellen Gründen kein Auto leisten können? Auch Ältere, Kinder und Jugendliche und Menschen in prekären Lebensumständen möchten sich in ihrer Umwelt bewegen. Neben notwendigen Wegen zum Arzt oder zur Schule spielt Mobilität auch im Alltag und in der Freizeitgestaltung eine wichtige Rolle. Freunde treffen, zum Sport oder ins Kino, Einkaufen in der nächsten Stadt – all dies setzt ein gewisses Maß an Mobilität voraus. In der Regel nehmen diejenigen, die nicht selbst fahren können oder wollen, private Fahrdienste in Anspruch. In ländlichen Regionen ist das „Elterntaxi“ im Dauereinsatz und chauffiert die Kinder zu Schule, Sport und Freunden. Ältere werden von ihren Verwandten zum Arzt oder Einkaufen gefahren.

Wenn gerade niemand aus der Familie zur Verfügung steht, springen häufig Nachbarn und Bekannte ein und übernehmen die Fahrdienste. So ist häufig die erste Alternative zum eigenen Auto das Auto der Verwandtschaft oder der Nachbarn. Den Betroffenen sichert dies zwar eine gewisse Mobilität, doch bedeuten fehlende Alternativen für sie Abhängigkeit und Einschränkung der Lebensqualität. Und finanzschwache Bevölkerungsgruppen? Auch die private Mobilität gibt es meist nicht umsonst. Die Altersarmut nimmt zu und ganz aktuell auch die Anzahl Asylsuchender, die in ländlichen Gemeinden Zuflucht finden. Auch sie möchten sich in ihrer Umwelt bewegen. Um hier Bleibeperspektiven im ländlichen Raum zu geben, muss auch ein entsprechendes Mobilitätsangebot vorhanden sein.

Daseinsvorsorge nicht ohne Mobilitätskonzept

Die Situation in ländlichen Räumen setzt voraus, dass in der Diskussion um die Ausgestaltung bzw. Sicherung der Einrichtungen der Daseinsvorsorge gleichzeitig das Problem ihrer Erreichbarkeit mitbedacht werden muss. Denn es ist unbestritten, dass Einrichtungen und Angebote der Grundversorgung ohne ein entsprechendes Mobilitätsangebot nicht erreicht werden können.

Ein solches Mobilitätsangebot darf sich dabei nicht ausschließlich auf den klassischen ÖPNV beschränken, denn als Folge des demografischen Wandels verändern sich auch die Mobilitätsanforderungen in den dünn besiedelten ländlichen Räumen.

So gehen zum Beispiel die Schülerzahlen zurück, während die Nachfrage nach Mobilitätsangeboten durch Ältere zunimmt. Insgesamt werden die Anforderungen – etwa bezüglich flexibler Angebote und spezieller Serviceleistungen – an ein Mobilitätsangebot im ländlichen Raum komplexer und damit auch schwieriger umzusetzen. Daher müssen nicht nur die klassischen ÖPNV-Angebote und flexiblen Bedienformen im ÖPNV, wie Anrufsammeltaxi oder Rufbus, sondern auch Mitnahmeverkehre und weitere Möglichkeiten berücksichtigt werden.

ÖPNV in der Fläche

Um in Zukunft flächendeckend die Mobilität im ÖPNV trotz der Folgen des demografischen Wandels und finanzieller Engpässe zu sichern, verknüpft das Land Sachsen-Anhalt Bahn und Bus zu einem ÖPNV-Landesnetz. Ziel ist es, die Hauptlinien so mit flexiblen Bedienformen zu verknüpfen, dass der dünn besiedelte ländliche Raum erschlossen wird. So hat die Personenverkehrsgesellschaft Salzwedel (PVGS) in der Pilotregion Altmarkkreis Salzwedel den ÖPNV neu strukturiert. Ein Hauptliniennetz aus regionalen und überregionalen Buslinien wird dabei im Standard-Linienverkehr bedient. Dieses wird durch ein Nebenliniennetz mit Rufbussystemen ergänzt. Die Bahn- und Busfahrpläne sind aufeinander abgestimmt.

Die dadurch entstehenden durchgehenden Reiseketten, der Einsatz moderner Niederflurfahrzeuge und die kostenlose Fahrradmitnahme machen das Angebot nicht nur für Schüler, sondern auch für andere Zielgruppen attraktiv **(**www.nasa.de/index.php?id=95&pmid=546**).**

Ergänzend zum bestehenden ÖPNV-Angebot können auf Strecken, die für Verkehrsunternehmen unwirtschaftlich sind, Mobilitätsangebote durch bürgerschaftliches Engagement gesichert werden. Der Bürgerbus Hoher Fläming (Brandenburg) ist eines von zahlreichen Beispielen bestehender Bürgerbuskonzepte in Deutschland. Wochentags werden im Hohen Fläming zwei Strecken durch ehrenamtliche Fahrer mit Kleinbussen im Linienverkehr bedient. Am Wochenende und an Feiertagen verkehrt der Bürgerbus im gesamten Bediengebiet und entlang des Kunstwanderwegs zwischen zehn und 15 Uhr als Rufbus. Wie bei den meisten anderen Bürgerbusvereinen arbeitet man auch hier eng mit dem örtlichen Nahverkehrsunternehmen zusammen und fährt im Verbundtarif **(**www.buergerbus-hoher-flaeming.de/**).**

Schulbushalt (Foto: Moritz Kirchesch)

Mitfahrverkehre als sinnvolle Ergänzung zum ÖPNV

Eine sinnvolle Ergänzung zum örtlichen ÖPNV-Angebot bieten auch Mitnahmeverkehre, wie das Mitfahrsystem HÖRI-MIT im Landkreis Konstanz (Baden-Württemberg). In diesem „institutionalisierten Anhalter- und Zusteigersystem“ müssen sich die Interessenten mit Name, Adresse und, wenn vorhanden, dem Autokennzeichen registrieren. Sie erhalten dann einen persönlichen Ausweis sowie weitere Erkennungsmerkmale, mit denen sie sich als HÖRI-MIT-Teilnehmer ausweisen können. Fahrer erhalten zum Beispiel einen Aufkleber für ihr Fahrzeug. Halte- und Zusteigepunkte sind alle Bushaltestellen in der Region und einige genau benannte Haltepunkte in Radolfzell. Darüber hinaus ist es auch möglich, an anderen gut anfahrbaren Punkten zu stehen und auf eine Mitfahrgelegenheit zu warten. Durch die Registrierung entsteht keine vertragliche Bindung und auch keine Verpflichtung, immer und überall jemanden mitzunehmen **(**www.hoeri-mit.de/**).**

Während bei HÖRI-MIT die Mitfahrten spontan zustande kommen, sind im Pilotprojekt „mobilfalt“ des nordhessischen Verkehrsverbunds (NVV) die privaten Fahrten in das Mobilitätsangebot des NVV integriert.

In den Testregionen wird der Fahrplan des NVV um Fahrten privater Fahrtanbieter („Mobilfalt-Fahrten“) ergänzt. Um Konkurrenz zum Linienverkehr zu vermeiden – allerdings nur dort, wo keine reguläre Linienfahrt verfügbar ist. Durch den neuen Ansatz entsteht montags bis freitags ein durchgehender Taktfahrplan. Die Buchung von Fahrten erfolgt über das Internet, via Telefon oder in den Mobilitätszentralen. Wird eine Fahrt gebucht, erstellt das Auskunftssystem per SMS, Anruf oder Fax eine Buchungsinfo an den Fahrgast und den Fahrer und informiert über Zeit, Treffpunkt und Identifikationsdaten. Der Ein- und Ausstieg erfolgt an den ÖPNV-Haltestellen. Die Fahrten werden vom NVV koordiniert und finanziell unterstützt. Falls kein privater Fahrtanbieter zur Verfügung steht, organisiert der NVV die Beförderung auf den vorgesehenen Strecken mit dem Taxi, dem Mietwagen oder dem Bürgerbus. Zur Teilnahme am Pilotprojekt müssen sich Anbieter und Mitfahrer beim NVV registrieren (NVV 2012).

Förderung des Radverkehrs

Über die motorisierten Mobilitätsangebote hinaus besteht in ländlichen Räumen auch die Möglichkeit, sich zu Fuß oder mit dem Fahrrad fortzubewegen. Die Nutzung von Elektrofahrrädern vergrößert zum einen die Reichweite des Fahrrads auf bis zu zehn Kilometer, zum anderen verringert es den Kraftaufwand. Damit ist Radfahren nicht nur eine flexible und günstige Alternative für sportliche Zeitgenossen, sondern auch ein attraktives Verkehrsmittel für ältere Menschen. Die verstärkte Nutzung des Fahrrads als Fortbewegungsmittel setzt aber eine entsprechende Infrastruktur voraus, um den Radverkehr für Kinder, Jugendliche und Senioren sicher zu gestalten. Dazu gehören Radwege für Überlandverbindungen, aber auch sichere Verkehrsflächen innerhalb der Ortschaften. Wichtig sind in diesem Bereich auch Aufklärung, Rücksichtnahme und eine angemessene Geschwindigkeit von Autofahrern. Das Fahrrad und insbesondere das Elektrofahrrad bieten sich außerdem als Zubringer zu den Haltestellen des ÖPNV an. In Mecklenburg-Vorpommern lief bis Oktober 2014 ein Pilotprojekt, in dem ein öffentliches Nahverkehrssystem für den ländlichen Raum als schnelles und vernetztes System gedacht wurde. Das Projekt „inmod“ erprobte in diesem Sinne eine Vernetzung zwischen einem Schnellbus mit möglichst kurzer Strecke sowie Zubringern aus den anliegenden Orten. Dabei nutzte inmod Elektrofahrräder als Zubringer (www.inmod.de).

Elektromobilität als Chance für ländliche Räume

Ladesäule in der Schweiz (Foto: Moritz Kirchesch)

Die aktuelle Diskussion zum Thema Elektromobilität wirft die Frage auf, ob sich Elektrofahrzeuge sinnvoll in ein Mobilitätsangebot zur Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum einbinden lassen. Das setzt unter anderem voraus, dass durch ihren Einsatz langfristig Kosten in signifikantem Umfang eingespart werden können. Im Bereich des Klimaschutzes ist bei konsequenter Nutzung erneuerbarer Energien der Beitrag der Elektromobilität unbestritten.

Hier können Synergien genutzt werden, schließlich finden sich die Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien in der Regel in ländlichen Räumen.

Im Bayerischen Wald wurde auf einer Fläche von mehr als 7.000 Quadratkilometern eine innovative Struktur von Ladesäulen sowie Steuerungs- und Kommunikationskonzepten installiert, um zu zeigen, dass Elektromobilität im ländlichen Raum realisierbar ist. Das Projekt E-WALD geht in der Konzeption dabei noch ein Stück weiter, indem hier sowohl das Thema Mobilität, zum Beispiel durch Einrichtung eines E-Carsharing-Systems, als auch die gesamte Wertschöpfungskette, vor allem im Bereich Tourismus, berücksichtigt wird (www.e-wald.eu).

Mobile Menschen – mobile Dienstleistungen

Neben zahlreichen Möglichkeiten, die Menschen im ländlichen Raum mobil zu machen, können dort, wo die Versorgung nicht mehr sichergestellt werden kann, auch mobile Einrichtungen die Bevölkerung mit Waren und Dienstleistungen versorgen. Heute fahren in verschiedenen ländlichen Regionen rollende Supermärkte über die Dörfer oder die örtliche Sparkasse bietet Servicezeiten vor Ort in ihrem Sparkassen-Mobil an. In Brandenburg hält eine Zahnärztin in ihrer mobilen Zahnarztpraxis einmal in der Woche Sprechstunden vor Ort ab. In Lutherstadt Wittenberg (Sachsen-Anhalt) wurden in den vergangenen Jahren aufgrund von Eingemeindungen aus Kostengründen Verwaltungseinheiten zentralisiert und drei vollausgestattete Bürgerbüros geschlossen. Um den Bewohnern dennoch dezentrale Versorgungsdienstleistungen anzubieten, werden die drei Ortsteile zu festen Terminen einmal in der Woche durch das „mobile Bürgerbüro“ bedient. Die Außenstellen wurden hier durch einen mit der entsprechenden Büro- und Verwaltungstechnik ausgestatteten mobilen Bürgerkoffer ersetzt. Voraussetzung für die reibungslose Nutzung des Bürgerkoffers ist eine stabile Internetverbindung, da auf zentrale Datenbanken zugegriffen werden muss (Hercksen/Kirchesch 2014).

Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien

Das Beispiel aus der Lutherstadt Wittenberg zeigt, dass bei der Sicherung der Daseinsvorsorge moderne Informations- und Kommunikations-Technologien (IKT) zunehmend an Bedeutung gewinnen. So bietet die „virtuelle Mobilität“ via Internet zahlreiche Möglichkeiten, Aspekte der Daseinsvorsorge zu bedienen.

Die Synergien zwischen Mobilitätsdienstleistungen und IKT helfen, Wege zu vermeiden oder zu bündeln und Mobilität effizienter zu gestalten.

So muss zum Beispiel nicht für jede Überweisung eine Bank oder für die tägliche Kontrolluntersuchung ein Arzt aufgesucht werden. Onlinebanking und Telemedizin können die Einrichtung vor Ort beziehungsweise den Weg zum nächsten zentralen Versorgungszentrum ersetzen. Zudem ist in ländlichen Regionen mit geringer Arbeitsplatzdichte Telearbeit eine gute Alternative. Ein möglicher telemedizinischer Ansatz ist die Teleradiologie. Dabei wird ein Patient mittels bildgebender Verfahren wie der Computertomographie (CT) unter der Verantwortung eines Arztes untersucht, der sich nicht am selben Ort befindet und der mittels elektronischer Datenübertragung und Telekommunikation mit den Personen am Ort der Untersuchung in Verbindung steht (vgl. § 2 Abs. 24 RöV [Röntgenverordnung]). Das „Diakoniekrankenhaus Seehausen“ in Sachsen-Anhalt profitiert von der Möglichkeit, Teleradiologie über den Nacht-, Wochenend- und Feiertagsdienst hinaus zu nutzen. Der Ansatz der Teleradiologie bietet dem Haus mit den Fachgebieten Chirurgie und innere Medizin Möglichkeiten der Diagnostik, die sonst nicht zur Verfügung stünden. Anstatt dass die Patienten in der Vergangenheit aufwändig zu ortsansässigen Radiologen gebracht werden mussten, spart heute die Untersuchung direkt vor Ort Geld, aber vor allem viel Zeit für die Versorgung der Patienten. Als direkte Folge konnte mit der Einführung der Teleradiologie die Rettungsstation mit 24-Stunden-Notaufnahme und Notarztstützpunkt in der Region erhalten und die Versorgung der Landbevölkerung verbessert werden. In diesem ländlich geprägten Raum mit langen Fahrzeiten zur nächstgelegenen Einrichtung sind kurze Entfernungen gerade im Bereich der medizinischen Versorgung ein großes Plus.

Fazit

Die zahlreichen Beispiele und Projekte zur Organisation und Sicherstellung der Mobilität in ländlichen Regionen sind so vielfältig und heterogen wie die Regionen selbst. Sie zeigen die Kreativität und den Einfallsreichtum ihrer Akteure – von Bürgerinnen und Bürgern bis hin zu Verkehrsunternehmen, Aufgabenträgern, Bürgermeistern und Verwaltung. Dabei wird auch deutlich, dass es eine allgemeingültige Lösung nicht gibt. Vielmehr ist es wichtig, die örtlichen Gegebenheiten und Bedürfnisse zu berücksichtigen und gemeinsam mit den Betroffenen ein spezifisch auf die Region zugeschnittenes Mobilitätskonzept zu entwickeln. Hier sollte ein breiter integrierter Ansatz gewählt werden, in dem möglichst alle zur Verfügung stehenden Mobilitätsangebote – vom klassischen ÖPNV über Mitfahrsysteme bis hin zum Fahrrad – berücksichtigt werden.

Ziel sollte es sein, die einzelnen Verkehrsmittel in einem System so miteinander zu verknüpfen, dass ein flächendeckendes, barrierefreies und transparent gestaltetes Angebot entsteht, das von einer regionalen Mobilitätszentrale als zentralem Ansprechpartner koordiniert wird. Wichtig ist letztlich auch die Vermarktung des Angebots, denn was bringt es, wenn niemand davon weiß. Fest steht: Ohne die Sicherung der Mobilität kann auch die Daseinsvorsorge nicht gesichert werden.

Draisine (Foto: Moritz Kirchesch)

Quellen

BMVBS; BBSR [Hrsg.] (2009): Handbuch zur Planung flexibler Bedienungsformen im ÖPNV. Bonn

Hercksen, H.; Kirchesch, M. (2014): Nutzungschancen des Breitbandinternets für ländliche Räume. Studie für das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Bonn, S. 18–19

Holz-Rau, Ch.; Günthner, S.; Krummheuer, F. (2010): Daseinsvorsorge ist keine Dortseinsvorsorge, in: BBSR [Hrsg.]: ÖPNV in nachfrageschwachen Räumen. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 7/2010, S. 489–504

Nordhessischer Verkehrsverbund mbH (NVV) (2012): Die NVV-Mobilfalt. Mobilität in einer neuen Vielfalt (http://www.mobilfalt.de/ aktuelles/ publikationen/)

www.inmod.de

www.e-wald.eu

www.nasa.de/

www.buergerbus-hoherflaeming.de

www.hoeri-mit.de

Sorgende Gemeinschaften – neues Leitbild im demografischen Wandel

Andrea Soboth

„Sorgende Gemeinschaften – neues Leitbild im demografischen Wandel“ – der Thementisch 3 zum Auftakt der 36. DLKG-Bundestagung stellte den Austausch über diesen aktuell intensiv diskutierten Ansatz in den Mittelpunkt der Arbeit. Nach einer kurzen Einführung ins Thema wurde in Kleingruppen über Sorgende Gemeinschaften anhand von vier Fragen diskutiert. Die Fragen dienten dazu, sich dem Thema zu nähern und die Diskussion zu strukturieren. Die Ergebnisse werden nachfolgend im Überblick dargelegt.

Sorgende Gemeinschaften

Viele ländliche Räume müssen sich nach wie vor mit großen Veränderungen wie dem gesellschaftlichen, insbesondere dem demografischen Wandel, auseinandersetzen und neue Lösungsansätze vor allem für eine älter werdende Bevölkerung entwickeln. Damit verbunden ist auch die Aufgabe, vorhandene Strukturen in den Orten umzubauen.

Der Aufbau von neuen Solidargemeinschaften aus zivilgesellschaftlichen Akteuren, professionellen Dienstleistern und der öffentlichen Hand wird hier als ein wichtiger Ansatz diskutiert. Ebenso steht die Frage im Raum, wie sich diese neuen Solidargemeinschaften ausrichten und welchem Leitbild sie sich verpflichtet fühlen.

Für diese neuen Solidargemeinschaften in ländlichen Räumen können sog. Sorgende Gemeinschaften als Leitbild dienen. Sorgende Gemeinschaften haben die aktive Teilhabe aller Menschen zum Ziel. Die gegenseitige Sorge für hilfe- und unterstützungsbedürftige Menschen steht dabei im Mittelpunkt und geht von der Erkenntnis aus, dass die Sorge umeinander ein menschliches Grundbedürfnis ist.

Das Bundesfamilienministerium beschreibt Sorgende Gemeinschaften wie folgt:

Eine „Sorgende Gemeinschaft“ ist das gelingende Zusammenspiel von Bürgerinnen und Bürgern, Staat, Organisationen der Zivilgesellschaft und professionellen Dienstleistern bei der Bewältigung der mit dem demografischen Wandel verbundenen Aufgaben (aus: ISS-Aktuell 03/2014).

In Sorgenden Gemeinschaften geht es also auch darum, das Zusammenleben in den Dörfern und Nachbarschaften neu zu definieren und die Versorgung von hilfsbedürftigen Menschen sicherzustellen. Ziel ist es hier, ein Sorgenetz für den einzelnen aufzuspannen und Familie, Freunde, Nachbarn, Nachbarschaftshilfen/ ehrenamtliche Institutionen, Ärzte, Pflegedienste etc. in diesem Sorgenetz zusammenzuführen.

In Sorgenden Gemeinschaften soll so die Teilhabe aller an der Gesellschaft gesichert und die Versorgung verbindlich geregelt werden. Dies kann dann funktionieren, wenn sich alle mit ihren Potenzialen und Ressourcen in die Sorgenden Gemeinschaften einbringen.

Frage 1: Dörfer im Wandel: Wie verändern sich Dorfgemeinschaften? Welche Bedarfe (aktuell, zukünftig) lassen sich erkennen?

Die Diskutanten an den Tischen bestätigten, dass sich die Dörfer aktuell verändern. Ein Bevölkerungsrückgang ist zu beobachten, die Dorfgemeinschaft wird insgesamt älter (mehr ältere Menschen, weniger jüngere Menschen). Auch die sozialen Strukturen wie Nachbarschaften/ Familienstrukturen etc. in den Dörfern befinden sich im Wandel. Dies hat zum einen mit vielfältigeren Lebensstilen und biografischen Hintergründen zu tun, zum anderen aber auch mit unterschiedlichen Zeitverfügbarkeiten. Hierzu wurde häufig benannt, dass gerade Kinder und Jugendliche sich tagsüber nicht mehr im Dorf aufhalten, da sie zur Schule und zur Ausbildung in die Zentren fahren. Auch wurde in einer Kleingruppe thematisiert, dass sich Dörfer zu Schlafdörfern entwickeln oder dass Neubürger nicht immer einfach in die Dorfgemeinschaft integriert werden können. Eine andere Kleingruppe stellte den Aspekt heraus, dass die Dörfer einen Verlust an Kommunikationsorten (von der Kirche bis zum Dorfladen) zu beklagen haben. Früher waren gerade diese Orte die „Kommunikationsflächen“ im Dorf, über die sich Dorfgemeinschaften gestaltet haben.

Alle diese Aspekte (und noch weitere) führen dazu, dass die Menschen häufig weniger Bezug zu ihren Dörfern haben und die Gestaltung von Dorfgemeinschaften schwieriger wird.

Um die zukünftigen Herausforderungen auf dem Land zu bewältigen, ist aber gerade die aktive Gestaltung der Dörfer mit ihren Dorfgemeinschaften notwendig.

In der Diskussion um die Bedarfe wurden in den Kleingruppen häufig folgende Punkte genannt:

- steigender Hilfebedarf bei gleichzeitiger sinkender Anzahl helfender Personen,
- Nachwuchssorgen im Vereinsleben (v.a. in verantwortungsvollen Posten wie zum Beispiel bei Vorständen),
- steigender Bedarf an Mehrgenerationeneinrichtungen um das Gemeinsame von Jung und Alt zu befördern,
- steigender Bedarf, Mobilität für bestimmte Zielgruppen zu organisieren, Notwendigkeit zur Seniorenbildung und -begleitung.

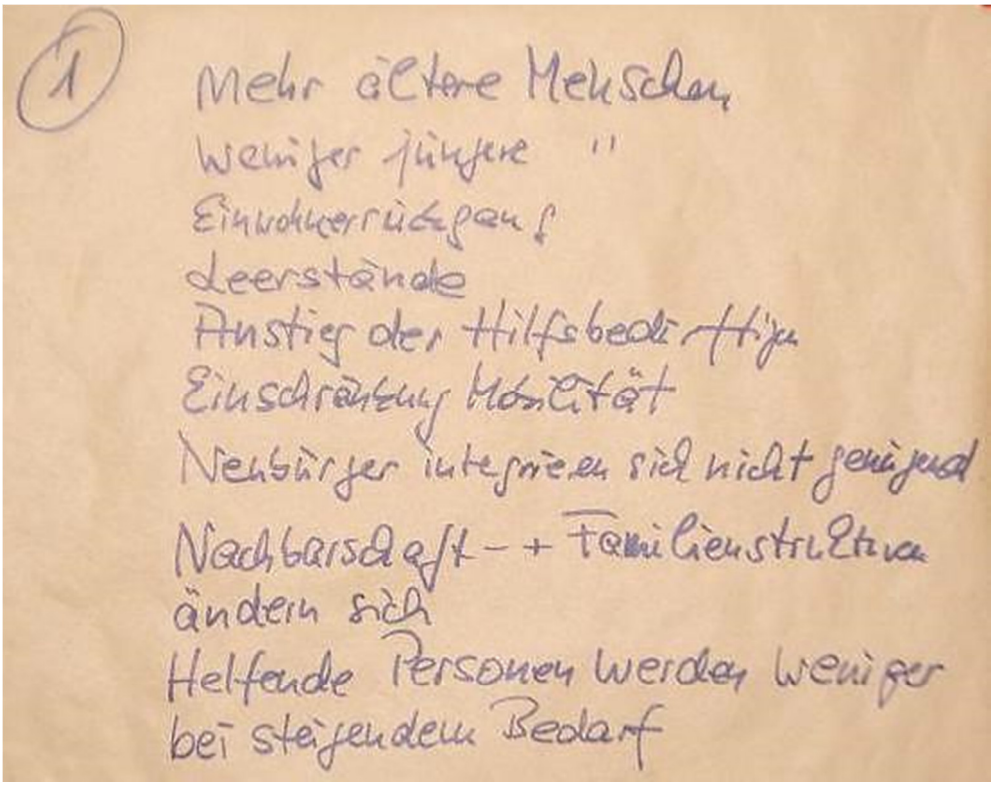


Bild 1: Tischdecke (Ausschnitt) eines Thementischs (Quelle: IfR, 2015)

Ebenso besteht nach Auffassung einer Kleingruppe ein Bedarf an Wohnangeboten im Alter (u.a. mit Betreuung), Demenzgemeinschaften, Fahrgemeinschaften, Beratungsangeboten, Nachbarschaftshilfen (z.B. für niedrigschwellige Hilfeleistungen) etc.

Insgesamt, so kann festgehalten werden, ist das Zusammenleben im Dorf aktiv zu befördern und muss durch entsprechende Angebote, die häufig noch aufgebaut werden müssen, unterstützt werden.

Die Entwicklung von aktiven Kommunen oder Sorgenden Gemeinschaften im Sinne eines Leitbildes wurde als notwendig eingeschätzt. Dabei wurde in den Kleingruppen in unterschiedlicher Ausprägung immer wieder die Notwendigkeit des Zusammenspiels von Kommune und Bürgern betont. Auch wurde herausgestellt, dass „Dorfkümmerer“ in diesen Prozessen hilfreich sein können.

Frage 2: Gibt es bereits Ansätze in den Dörfern, die Bausteine einer Sorgenden Gemeinschaft sein können?

In den Kleingruppen wurden verschiedene Ansätze identifiziert, die erste Bausteine einer Sorgenden Gemeinschaft sein können,– dies jedoch an den Thementischen unterschiedlich pointiert.

In der Summe wurde jedoch betont, dass es bereits heute aktive und motivierte Kommunalpolitiker gibt (Bürgermeister, Ortsbürgermeister, Ortsvorsteher), die als Zugpferde die Dorfentwicklung in Richtung einer Sorgenden Gemeinschaft voranbringen.

Inhaltlich wurde herausgearbeitet, dass organisierte Selbsthilfe (Nachbarschaftshilfen, Bürgervereine, Freiwilligen-Agenturen), Generationen-/ Seniorenbeauftragte, Senioren-Aktivgruppen, die sich für das Gemeinwohl im Dorf einsetzen („Rentnerbands“), Dorfkümmerer (Botschafter für den ländlichen Raum) sowie Dorfläden solche Bausteine sein können.

Exemplarisch wurde an den Tischen auf die Aktivitäten in der Ortsgemeinde Mannebach, RLP („Mannebacher Mobilitätsmodell“) und der Verbandsgemeinde Daun („Bürger für Bürger e.V.“) verwiesen.

Frage 3: Was können Dörfer selbst zu einer Entwicklung hin zu Sorgenden Gemeinschaften beitragen?

Zu dieser Frage wurden in den Kleingruppen verschiedenste Ansätze diskutiert. Mehrfach wurde darauf hingewiesen, dass die Jugend stärker in die Dorfentwicklung einzubeziehen ist. Jugendliche sollen vor Ort mitentscheiden und im kommunalpolitischen Gremium (Ortsgemeinderat, Ortsbeirat etc.) auch zu Wort kommen dürfen.

Akzeptanz und Wertschätzung für die Sichtweisen und Anerkennung der Leistungen von Jugendlichen wurden herausgestellt („Jugend mal machen lassen, Jugend mal anders machen lassen“).

Die Kleingruppen waren sich weiterhin einig, dass erste Ansätze hin zu einer Sorgenden Gemeinschaft mit dem Aufbau und/oder der Pflege einer stabilen Ehrenamtsstruktur einhergehen. "Mitmachen aktivieren", "Ehrenamt organisieren", "Vereinsarbeit und Nachbarschaftshilfen unterstützen" sind hier die entsprechenden Schlagworte. An einem Thementisch wurde zudem ergänzend diskutiert, inwieweit die Stärkung der Ehrenamtlichkeit über eine Ehrenamtspauschale (720 Euro jährlich) hilfreich ist.

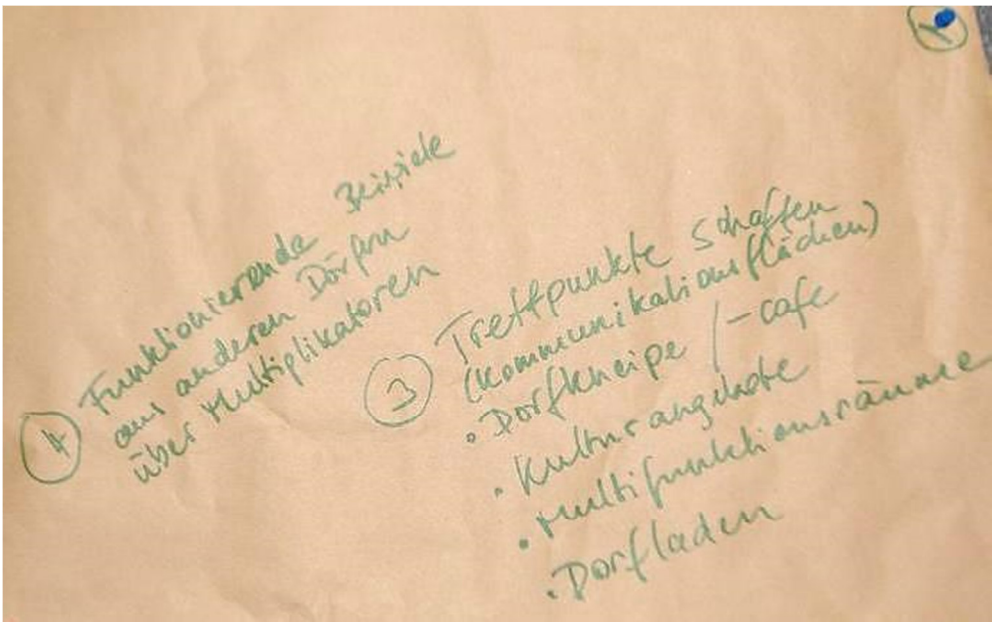


Bild 2: Tischdecke (Ausschnitt) eines Thementisches (Quelle: IfR, 2015)

Darüber hinaus können Dörfer über die Schaffung von Treffpunkten für die Dorfgemeinschaft zum Aufbau von Sorgenden Gemeinschaften beitragen. Dorfkneipen, Dorfcafés, Räumlichkeiten für Kulturangebote, Multifunktionsräume, Dorfläden, Mehrgenerationen(wohn)projekte können solche Treffpunkte sein. Auch die unter Frage 2 genannten Ansatzpunkte (von der organisierten Selbsthilfe bis zum Dorfkümmerer) können von den Dörfern selbst angegangen werden.

Explizit herausgestellt wurde jedoch hier, dass professionelle Hilfen und Ehrenamt bei einer Sorgenden Gemeinschaft zu verknüpfen sind und dass eine organisierte Seniorenbegleitung (→ Anreize nötig) notwendig ist.

Ergänzend wurde festgestellt, dass der Austausch im Dorf gestaltet werden muss. Dies umfasst auch den Austausch zwischen Dorfbewohnern und Externen.

Frage 4: Welche Unterstützung brauchen Dörfer, damit sie sich zu Sorgenden Gemeinschaften entwickeln können?

Die Kleingruppen an den Thementischen waren sich einig, dass Dörfer in einer Entwicklung zu Sorgenden Gemeinschaften Unterstützung und vor allem Handlungsspielräume benötigen. Handlungsspielräume sind abhängig von den kommunalen Strukturen und daher in den Bundesländern verschieden. Da Sorgende Gemeinschaften jedoch auf der kleinsten Ebene gestaltet werden müssen, müssen die Handlungsspielräume von Dörfern (Entscheidungskompetenzen, Ressourcen) hier ausreichend hoch sein.

Dörfer, die sich auf den Weg hin zu einer sorgenden Gemeinschaft machen wollen, benötigen darüber hinaus funktionierende Beispiele, an denen sie sich orientieren können. Dörfer, die bereits einige Schritte in diese Richtung gegangen sind, sollten daher Multiplikatoren sein und andere an ihren Erfahrungen teilhaben lassen.

Weiterhin kann eine Entwicklung hin zu Sorgenden Gemeinschaften durch einen Know-how-Aufbau unterstützt werden. Hier haben die Kleingruppen verschiedene Qualifizierungsansätze identifiziert, wie die Weiterbildung der handelnden politischen Personen oder die Ausbildung von Dorfkümmerern/Dorfberatern.

In einer Kleingruppe wurde noch darauf hingewiesen, dass Visionsträger und motivierte Bürger sich zwar alleine auf den Weg machen können, sie jedoch ggf. eine finanzielle Starthilfe (z.B. auch durch LEADER) und eine Moderation für den Aufbau einer Sorgenden Gemeinschaft benötigen.

FAZIT

In der Zusammenschau lässt sich festhalten, dass sowohl die Notwendigkeit als auch die Ansatzpunkte für die Entwicklung von Sorgenden Gemeinschaften identifiziert werden konnten und somit ein solches Leitbild für viele anschlussfähig ist. Herzlichen Dank an alle Diskutanten für die engagierte Diskussion an den Thementischen und für die einzelnen Beiträge.

Wie können wir Fachkräfte in der Großregion ausbilden und halten?

Günther Schartz

Die demografischen Veränderungen sind trotz eines anhaltenden Bevölkerungszuzuges auch im Landkreis Trier-Saarburg spürbar. In Verbindung mit einer niedrigen Arbeitslosenquote wird er den bereits heute in einigen Branchen spürbaren Fachkräftemangel verschärfen. Daher sind frühzeitig Initiativen zu ergreifen, die Arbeitsmärkte grenzüberschreitend stärker zu verknüpfen. Inwieweit durch den Zuzug von Flüchtlingen ein Mangel an gut ausgebildeten Arbeitskräften ausgeglichen werden kann, bleibt abzuwarten.

Die Ausgangslage im Landkreis Trier-Saarburg

Im Rahmen eines Modelprojektes „Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge – MORO“ hat der Landkreis Trier-Saarburg 2012 bis 2014 umfangreiche Daten zur Bevölkerungsentwicklung erhoben. Dabei zeigt sich im Landkreis ein differenziertes Bild. Allgemein ist eine Überalterung sowie eine Bevölkerungsabnahme bis 2030 feststellbar, die jedoch in der Nähe der luxemburgischen Grenze sowie in um das Oberzentrum Trier herum gelegenen Orten durch anhaltenden Zuzug ausgeglichen wird. In einzelnen Gemeinden wird gar ein Bevölkerungswachstum von über 6 Prozent prognostiziert.

Maßgeblich für die Attraktivität des Kreises Trier-Saarburg als Wohn- und Arbeitsraum ist nicht allein die Nähe zu Luxemburg bzw. zum Oberzentrum Trier. Der Strukturwandel von einem stark landwirtschaftlich und durch den Weinbau geprägten Kreis hin zu einem durch überwiegend mittelständische Handwerksbetriebe und Dienstleistungsgewerbe geprägten dynamischen Wirtschaftsraum konnte nicht zuletzt durch Ausweisung attraktiver Gewerbestandorte sowie Investitionen in die Bildungseinrichtungen durch die kommunale Seite erfolgreich mitgestaltet werden. Dies zeigt sich u.a. daran, dass die Arbeitslosenquote im Landkreis Trier-Saarburg mit 3,5 Prozent (August 2015) nahe an der Vollbeschäftigung rangiert, und somit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (4,6 Prozent) sowie der der unmittelbaren europäischen Nachbarn liegt (Frankreich: 10,4 Prozent, Luxemburg: 5,7 Prozent, Belgien: 8,5 Prozent).

Besonders markant sind hierbei die Unterschiede im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit. Hier zeigen sich die Erfolge u.a. des dualen Ausbildungssystems, der zunehmenden Durchlässigkeit verschiedener Ausbildungswege sowie von Arbeitsmarktprogrammen für schwer vermittelbare Jugendliche. Gerade in den direkten Nachbarregionen Wallonie, Lorraine und auch Luxemburg ist die Jugendarbeitslosigkeit mit Quoten von 19 bis 27 Prozent ungleich höher als im Landkreis Trier-Saarburg mit rund 4 Prozent.

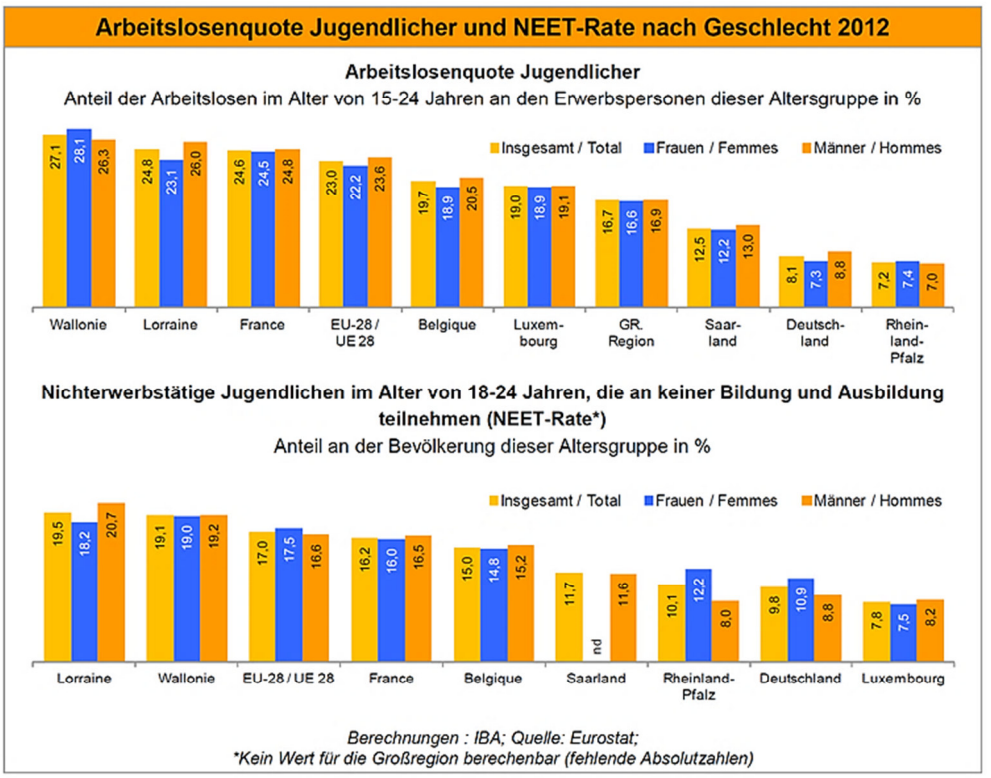


Abbildung 1: Arbeitslosenquote Jugendlicher in der Großregion

Unbestreitbar ist die Attraktivität des Arbeitsmarktes Luxemburg ein wichtiger Standortfaktor für den Landkreis Trier-Saarburg. So hat sich die Zahl der im Landkreis wohnenden, jedoch in Luxemburg arbeitenden Personen (Auspendler) von 2.500 im Jahre 1994 auf knapp 13.000 im Jahr 2015 erhöht. Dies schlägt sich u.a. in der großen Nachfrage nach Wohnungen und Bauland in den Gemeinden entlang von Mosel und Sauer nieder. Inzwischen stellen luxemburgische Staatsbürger mit rund 3.000 Personen die größte Gruppe ausländischer Mitbürger im Kreis Trier-Saarburg.

Fachkräftemangel bereits spürbar

Angesichts dieser Rahmenbedingungen überrascht es nicht, dass in der Region Trier in einigen Branchen der Fachkräftemangel bereits deutlich spürbar ist. Dabei muss betont werden, dass vor allem gut ausgebildete und qualifizierte Arbeitskräfte gesucht werden. Dies gilt exemplarisch für den Bereich Gesundheits- und Sozialwesen. In den Pflegeberufen fehlt es nicht an einfachen Hilfskräften, sondern eben an Fachpersonal. Dieser Mangel wird durch die Konkurrenz mit dem luxemburgischen Arbeitsmarkt noch verschärft. Gleiches gilt für die Branchen Maschinenbau, Elektroindustrie sowie für die Gastronomie. Auch einige Handwerksberufe wie Metzger oder Bäcker suchen dringend nach Nachwuchs.

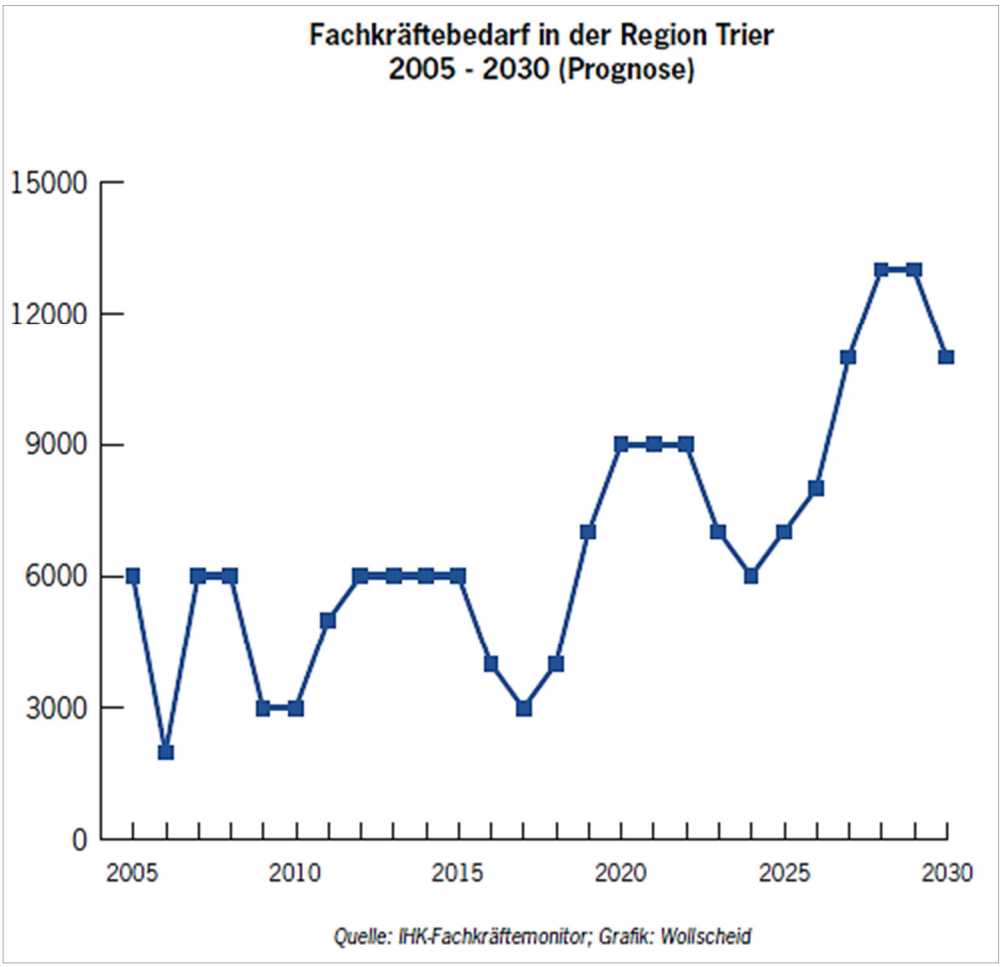


Abbildung 2: Prognose Fachkräftebedarf Region Trier bis 2030

Dieser Fachkräftemangel wird sich nach den Prognosen der Industrie- und Handelskammer Trier auch bei anhaltendem Zuzug verschärfen: So wird mit einer Verdrei- bis Vervierfachung des Fachkräftebedarfs in der Region Trier bis 2030 gerechnet, der sich aus den eigenen Bevölkerungspotenzialen nicht abdecken lässt, zumal viele geburtenstarke Jahrgänge in den kommenden Jahren aus dem Erwerbsleben ausscheiden und zunehmend nur geburtenschwache Jahrgänge aus der Schule auf den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt kommen. Hier können zwar bessere Vernetzungen zwischen Betrieben und Schulen / Hochschulen Milderung schaffen. Eine nachhaltige Strategie muss jedoch den Blick auf eine grenzüberschreitende Lösung richten.

Fachkräfte aus der Großregion

So gilt es für die Unternehmen in der Region, einerseits das inländische Fachkräftepotenzial zu nutzen. Denkbar sind die Weiterbeschäftigung von Fachkräften, die das Renteneintrittsalter erreicht haben, auf freiwilliger Basis die stärkere Förderung von Frauen, v.a. solcher, die durch Erziehungszeiten Pausen eingelegt haben – einhergehend mit flexiblen Arbeitszeitmodellen – sowie schließlich die Fortbildung geringqualifizierter Personen. Zudem gilt es die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss sowie der Ausbildungs- und Studienabbrecher zu reduzieren, die Erwerbspartizipation der Ü-55-Jährigen sowie der Frauen zu erhöhen und allgemein Ausbildung und Qualifikation in den Schulen und Betrieben voranzutreiben.

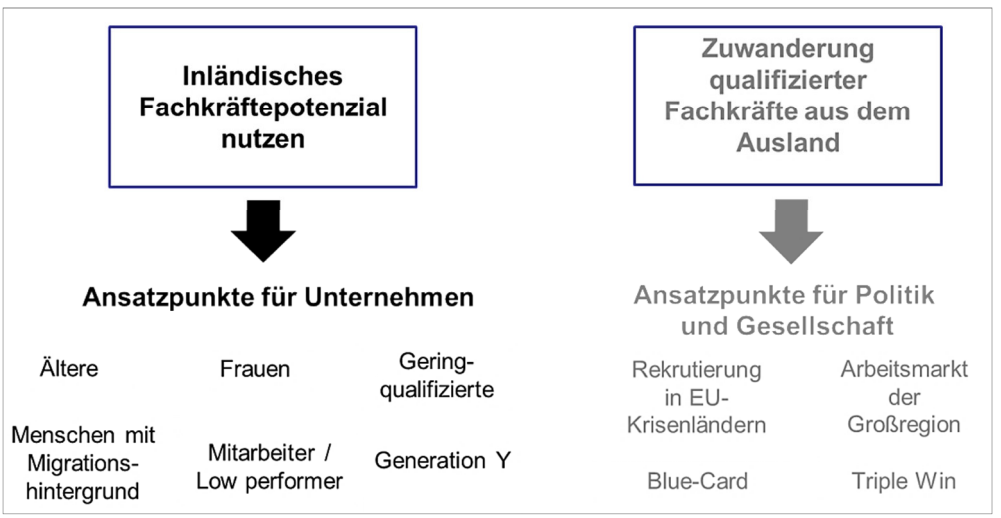


Abbildung 3: Fachkräftepotenzial Inland und Ausland

Es ist jedoch absehbar, dass auch bei einer erfolgreichen Umsetzung dieser Maßnahmen die erforderliche Zahl von Fachkräften nicht generiert werden kann. Daher ist als zweite Säule einer Fachkräftestrategie die Zuwanderung qualifizierter Fachleute aus dem Ausland notwendig.

Neben der Ausweitung von bereits bestehenden Zuwanderungsprogrammen (Blue-Card) und einer aktiven Rekrutierung von Jugendlichen aus EU-Krisenländern erscheint eine engere Vernetzung des Arbeitsmarktes der Großregion als zielführend und wohl auch kleinräumig besser umsetzbar.

Wichtige Voraussetzungen wären die Angleichung der unterschiedlichen Ausbildungssysteme, die Realisierung eines grenzüberschreitenden Gesellenbriefes und eine Informationsmöglichkeit über den Arbeitsmarkt jenseits der Grenze. Grundlegend ist auch die Verbesserung der Mobilität, um in den jeweils anderen Arbeitsmarkt überhaupt zu gelangen. Und schließlich ist eine entscheidende Voraussetzung die nachhaltige Förderung grenzüberschreitender Sprachkenntnisse hin zu einer breiten Zweisprachigkeit Deutsch-Französisch.

Bisher ist es nicht gelungen, die Großregion als solche in diesem Bereich der Arbeitsmarktpolitik als Akteur sichtbar zu machen. Einzelinitiativen sind daher stärker zu vernetzen und in ein Gesamtkonzept einzubinden. Als Beispiele für solche bereits bestehenden Initiativen seien die grenzüberschreitende deutsch-französische Vermittlungsstelle der Arbeitsagentur und der französischen pole emploi in Saarbrücken, das INTERREG IV A-Projekt EduNet-Education-Network-Schule/ Wirtschaft, das sich die Entwicklung einer langfristigen Strategie zur Entwicklung einer interregionalen Bildungs- und Ausbildungslandschaft/ Netzwerkbildung/ Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes der Großregion zum Ziel gesetzt hat, sowie die Zusammenarbeit des Kreises mit der Jean-Baptiste Nothomb-Stiftung, dem Institut der Großregion, der Arbeitsagentur in Belgien (FOREM emploi), der Überregionalen Vereinigung für Arbeit und Ausbildung, der Handwerkskammer Trier zur Fachkräftegewinnung für die Region Trier genannt.

Vor allem mit Blick auf die Jugendlichen ist die Überwindung der nach wie vor bestehenden Sprachbarriere (Ausbildung mit Sprachniveau B1), die wechselseitige Anerkennung von Abschlüssen bis hin zu einem grenzüberschreitenden Gesellenbrief sowie die Angleichung von Rechtsvorschriften notwendig.

Offen bleibt, ob der v.a. in Deutschland im Jahre 2015 erfolgte massive Zuzug von Flüchtlingen aus dem vorderen Orient zumindest mittelfristig zu einer Lösung des Fachkräftemangels beitragen kann.

Hier zeigen sich, unabhängig von Problemen der Unterbringung und Betreuung, Schwierigkeiten bei der Erfassung vorhandener Qualifikationen. Zudem sind zeit- und kostenintensive Integrationsanstrengungen mit Sprachkursen und Qualifizierungsmaßnahmen notwendig. Ob schließlich eine bedarfsorientierte Zuweisung von Flüchtlingen in Kommunen mit einem Bedarf an Arbeitskräften realisierbar sein wird, bleibt abzuwarten.

FAZIT

Eine stärkere Zusammenarbeit der Großregion auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik erscheint zur Lösung der jeweiligen Problemlagen (Jugendarbeitslosigkeit, Fachkräftemangel) dringend geboten. Dabei gilt es, vorhandene Initiativen aufzugreifen, zu vernetzen und zu einem Gesamtkonzept zu erweitern.

Wiederbelebung des „leergelaufenen“ Lachaussée im wirtschaftlichen, sozioökonomischen und kulturellen Sektor mit Mikroinitiativen vor Ort

Gérard Peltre

Präsentationsdokumentation des gehaltenen Vortrages

Une mise en œuvre partagée

Prise en référence d’impératifs structurants du projet de développement durable

- Préserver la caractérisation sociale et territoriale rurale de la commune.
- Faire de la nature d’exception, un vecteur de notoriété au profit de l’attractivité résidentielle et économique.
- Veiller à une cohésion forte entre les villages, les habitants, les générations.
- Stimuler, accompagner les initiatives et favoriser le recours à des délégations de service public pour la conduite des services communaux. L’interrelation Public/privé en facteurs de performance et de cohésion.

Une mise en œuvre partagée : architecture de la gouvernance préconisée

Installer un comité consultatif de développement durable (conférence permanente): une plateforme public / privé

Gouvernance: une plateforme co-présidée par:

- Le Maire.
- Une personne qualifiée, non membre du conseil municipal. Elle sera nommée par ce dernier.

Organisation:

- Un conseil exécutif composé à parité des élus du Conseil Municipal et d’habitants, d’acteurs locaux, d’acteurs partenaires.
- De groupes de travail permanents installés par enjeu du projet de développement : ils sont composés d’élus municipaux, de partenaires institutionnels (le cas échéant), d’acteurs locaux et représentants associatifs.

Une mise en œuvre partagée: architecture de la gouvernance préconisée

Mandat et administration du comité consultatif de développement durable:

Mandat et modalités d’exercice:

- Approfondissement et accompagnement à la mise en œuvre des politiques thématiques du projet intégré de développement durable.
- Transmission d’avis et propositions au Conseil Municipal pour décision.
- Réunion des groupes de travail sur demande du Conseil Municipal.

Administration:

- Convocation par les co-présidents.
- Secrétariat assuré par la Commune.

Une mise en œuvre partagée : architecture de la gouvernance préconisée

Des associations partenaires en convention avec la Commune

“Présidents et membres du bureau exécutif non membres du Conseil Municipal“

Association Musique Au Vent

- Activité de loisirs tous publics.
- Accueil Gîtes.

Association Protection Dynamique du Paysage, de la Biodiversité et de l'Habitat

- Mise en œuvre Grand Projet Biodiversité et Paysage.
- Station biologique.
- Patrimoine.

Wie gehen wir mit den Älteren in ländlichen Räumen um? – Strategien für europäische Partnerländer

Marianne Granz

Ausgangslage:

Wir werden nicht nur älter, sondern viel älter. Die Zahl der 80 bis 100-jährigen hat sich rapide verändert. In den letzten 20 Jahren hat sich die Zahl der 100-Jährigen in Deutschland versechsfacht. Ein Kind, das heute geboren wird, hat eine 50-prozentige Chance seinen 100. Geburtstag zu feiern – und zwar im 22. Jahrhundert.

Deutschland hat aber auch bis ins letzte Jahr stark an Bevölkerung verloren und noch aktuelle Statistiken sagen, dass wir auf ca. 71 Mio. Menschen zurückgehen. Das wird sich ebenfalls auf alle Lebensbereiche auswirken.

Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlinge, die in Deutschland auf Dauer bleiben und integriert werden, bewirken, dass unsere Kultur sich punktuell verändert. Wir werden bunter!

Die Älteren und sehr Alten bleiben aber auch viel länger fit, sie achten auf ihre Gesundheit, sie sind im Durchschnitt besser gebildet, kommunikativ, suchen die Gemeinschaft. Neue Altersbilder, weg von der Idee der ***reinen Altenhilfe*** zu ***integrierten Seniorenkonzepten***, sind die Antwort der Städte und Kommunen, der Seniorenvereine wie der selbstorganisierten Netzwerke.

Und Junge Ältere (65 bis 80 Jahre) wie auch Hochaltrige (> 80 Jahre) wünschen sich, möglichst selbstbestimmt bis zu ihrem Tode leben zu können. Nur bei schwerer Demenz oder absoluter Immobilität wird die Pflegeeinrichtung akzeptiert. In der Vergangenheit war es üblich, dass etwa 90 % der Pflege- und Hilfeleistung für Ältere durch Familien, z.T. durch Freunde und Nachbarn, in Kombination mit externen Dienstleistern erbracht wurden. In jüngster Zeit geht die familiäre Unterstützung zurück, weil es weniger Kinder gibt bzw. diese oftmals berufsbedingt ihren Standort in eine andere Stadt verlagert haben und die weniger mobilen Älteren zurückbleiben. Hinzu kommt, dass die Erwerbstätigkeit im Allgemeinen, insbesondere auch der Frauen, gestiegen ist.

Hier müssen also auch ***innovative Lösungen für das Wohnen im Alter*** gefunden werden. Sowohl junge Ältere als auch Hochaltrige suchen für den Fall, dass sie umziehen, ***Standorte in zentralen Lagen mit vielseitiger Infrastruktur*** (Güter des täglichen Bedarfs, ÖPNV, medizinische Dienste) in fußläufiger Entfernung oder durch ÖPNV gut erreichbar. Einerseits also werden Standorte mit guter Erreichbarkeit der Angebote für die Alltagsversorgung gesucht, aber gleichzeitig legen Ältere Wert auf eine grüne und ruhige Lage.

Was bedeutet das für Ältere, die im ländlichen Raum wohnen bleiben oder gar dorthin umziehen möchten? Welche Sorgen treiben sie um?

Schauen wir uns doch einige Dörfer europaweit an! Verödet, an den Häusern die Schilder „zu verkaufen“, „for sale“, „à vendre“, „se vende“, die Dorf-Infrastruktur zerschlagen, keine Läden mehr, keine Kinos, keine Gemeinschaftshäuser, Ärztemangel.

Entwicklungs- und Förderstrategien 1. Priorität: gemeinsam vitale und lebenswerte ländliche Räume schaffen

Dazu hat die EU unzählige gute Programme aufgelegt, zu denen in anderen Vorträgen ausführlich Stellung bezogen wurde. Dazu müssen keine neuen Strategien entwickelt werden. Man muss die bereits existierenden anwenden und die engagierten Dorfbewohner zum Mitmachen einladen.

Die Verantwortlichen müssen nur ein spezifisch auf die jeweilige Region – und das kann auch grenzüberschreitend sein wie in der Großregion Saar-Lor-Lux – ausgerichtetes soziales und räumliches Gleichgewicht durch diese Programme schaffen.

Dorfentwicklung und die interkommunale Zusammenarbeit über EU, Bund und Länder sind unterstützenswerte Impulse für den Erhalt oder die Wiederbelebung attraktiver und lebenswerter Dörfer.

Die Förderung der Dorferneuerung ist darüber hinaus Teil der Strukturpolitik der Länder für die ländlichen Räume und die ländlich geprägten Bereiche von Ordnungsräumen. Durch sie sollen die Gemeinden und ihre Bürger befähigt werden, die durch sozio-ökonomische, baulich-räumliche, ökologische und kulturelle Werte geprägte, unverwechselbare Eigenart ländlicher Siedlung zu bewahren und die Dörfer als Wohn-, Arbeits-, Sozial- und Kulturraum künftigen Erfordernissen anzupassen. So liest es sich in verschiedenen Richtlinien.

Mit EU-Programmen, z.B. ELER oder LEADER, werden die ländlichen Regionen auf ihrem Weg zu einer selbstbestimmten Entwicklung – ganz nach dem Motto "Bürger gestalten ihre Heimat" –, unterstützt.

LEADER ist eine Abkürzung der französischen Begriffe: „Liaison entre les actions de développement de l'économie rurale“; zu Deutsch: „Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft“. Ideen und Phantasie sind gefragt.

Im Übrigen: die Förderprogramme sind eine Erfolgsgeschichte für die Entwicklung ländlicher Regionen, zur Realisierung brauchen sie aber das persönliche Engagement aller im Dorf Wohnenden.

Infrastrukturprojekte, die die demografische Entwicklung zwingend berücksichtigen

In die Analyse der örtlich Verantwortlichen sollen in Bürgerversammlungen Gesichtspunkte wie ***Dorfentwicklung und Zusammenschlüsse mit anderen Dörfern*** einfließen; dabei müssen Tatsachen berücksichtigt werden wie:

- Vielfalt der individuellen Lebensentwürfe älterer Menschen,
- Erfahrungen und Kompetenzen der Älteren,
- Potenziale und Ressourcen älterer Menschen,
- Koordination und Kooperation von Verantwortungspartnerschaften als Kümmerer und Serviceangebote, für Jung und Alt, in der Gruppe und als Individuum, für Wohnen und Mobilität, für Kultur und soziale Versorgung,
- Alltagsunterstützung und pflegende Dienste,
- ergänzende Hilfen.

Nur wenn dieses Diskussions- und Klärungsbedürfnis gemeinsam abgearbeitet wird, werden die Menschen gerne in ***i h r e m*** Dorf bleiben oder dorthin zurückkehren.

Es gibt hierzu europaweit herausragende Beispiele, die man genau in ihrer Erfolgsgeschichte betrachten und – wenn örtlich möglich – auch kopieren muss.

Entwicklung von Zielen und Maßnahmen in kommunalen und grenzüberschreitenden Bündnissen mit daraus folgenden Handlungsempfehlungen

Was bleibt also für uns strategisch zu tun?

Es darf keine Mühe gescheut werden, darauf hinzuarbeiten, dass sich eine positive Bewusstseinsbildung zur Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raumes bei den Menschen entwickelt. Das Ziel für das Leben im Dorf muss jedem klar und damit lohnenswert sein. Alle müssen bürgerschaftlich partizipieren können.

Die jungen Familien brauchen Krippe, Kita und Grundschule, für die weiterführenden Schulen einen verlässlichen ÖPNV und Aufgabenbetreuung. Die Senioren brauchen Einkaufshilfen, Ärzteangebote und Mitfahrgelegenheiten, Serviceleistungen und Seniorenberatung.

Alle brauchen ein soziales, gesundheitliches und kulturelles Umfeld wie in verdichteten Städten und Gemeinden. Dazu brauchen sie neben finanziellen Anreizen Bürgerservicestellen, die auch, aber nicht nur ehrenamtlich geführt werden können. Die Stärkung der Daseinsvorsorge durch Netzwerke und niedrigschwellige Angebote muss im Alltag des einzelnen als Attraktion erlebt werden. Damit kann man werben! Und das Fehlen großer Infrastruktureinrichtungen, wie Krankenhaus, betreutes Altenheim, Kino und Theater, Konzertsaal und Kongresszentrum wird dann nicht als Manko erlebt werden, wenn man gemeinsam Wege sucht, wie man problemlos zu diesen Angeboten kommt.

Deshalb bleibt das A und O die Partizipation der Bewohner an allen Entscheidungsprozessen, ein neu entstehendes Zusammengehörigkeitsgefühl, ein gemeinsames Werteempfinden für „unser Dorf“ und damit eine solidarische Grundhaltung für verschiedene Lebensentwürfe, verschiedene Kulturformen und der gemeinsame Respekt zwischen den Generationen.

Europ´age Saar-Lor-Lux e.V. gibt es seit 28 Jahren im Saarland.
Die zentrale Botschaft lautet:
Alter als Geschenk, als Potenzial für Fachwissen und Erfahrung,
als wertvolle Ressource der gewonnenen Jahre.
Europa und das Leben in der Großregion sowie der intergenerative Dialog
in deutscher und französischer Sprache sind die Schwerpunkte.
Aber die Mitglieder von Europ´age helfen auch als Leihomas und -opas
und in der Alltagsbegleitung für Flüchtlinge.

La mobilité rurale alternative en Wallonie – eine anwendungsorientierte Studie des Netzwerkes der Mobilitätsberater der Wallonie

Daniel Ledent

Präsentationsdokumentation des gehaltenen Vortrages

La mobilité?

- Un enjeu capital.
- Un concept à réinventer pour les zones rurales.
- Un défi où les pouvoirs publics ont un rôle majeur à jouer.

1. Constats

1.1 La Province … ses caractéristiques

- Un territoire de 443.972 ha.
- +- 270.000 habitants.
- Un territoire disposant, au départ, d'un réseau d'anciennes lignes de tram relativement dense.
- Un territoire traversé par le rail depuis 150 ans dans sa dimension Nord-Sud.
- Un territoire desservi par deux autoroutes depuis 1988 (E411 et E25) et historiquement par la N4.
- Un territoire desservi par la SNCV depuis plus de 100 ans.
- Un territoire au transport par bus régionalisé en 1991(création de la SRWT et TEC).
- Un territoire qui a, au fil du temps, connu : une fermeture de lignes, des fermetures importantes de gares et de points d'arrêts, une chute importante des parts de clientèle du rail au profit de la voiture individuelle.
- Un territoire confronté à de nouveaux défis et risques de pertes de moyens en transports en commun.
- Un territoire où le temps de trajet en train entre Arlon et Bruxelles est plus important en 2015 qu'en 1950.

- Un territoire qui a vu fleurir des actions originales comme le Telbus en 2004 (bus à la demande).
- Un territoire où sans un nombre important de bénévoles, des transports spécialisés ne se feraient pas ou plus (transport social et de soins de santé).

2. Une mobilité comme frein au développement

- Le manque de mobilité est un frein à la formation, à l'emploi, à l'accès à la culture, aux activités sociales, à l'accès aux soins de santé.
- Une mobilité inadaptée aux besoins.
- Une Province où l'aménagement du territoire s'est construit sans tenir compte de la mobilité.

3. Le manque de mobilité ne peut être pris comme une fatalité

3.1. Des concepts à repenser

- Mieux travailler le binôme « développement du territoire- mobilité ».
- Travailler à une mobilité accessible au plus grand nombre et surtout aux plus démunis.
- Réinventer une mobilité adaptée aux défis de la ruralité contemporaine.
- Intégrer le fait que la mobilité est l'affaire de tous.
- Pas une mobilité mais des mobilités diverses et adaptées à implémenter.

La Province de Luxembourg et ses élus au cœur de l'action:

3.2. Les pouvoirs publics locaux: un rôle majeur comme acteurs déterminants

Quelques exemples:

- Électrification de la ligne Athus-Meuse.
- Bus locaux et taxis sociaux.
- Bus à la demande.
- PMR: transport des personnes à mobilité réduite.
- Co-voiturage.

3.3. des actions concrètes de terrain

- Le Printemps de la mobilité.
- Luxcovoiturage: amplification des actions.
- Développement de l'offre PMR.
- Lancement du service Locomobile (taxis sociaux).
- Un outil publié, fruit des Assises de la mobilité: le Livre Blanc (en cours d'actualisation).
- Sensibilisation au manque de dessertes ferroviaires transfrontalières et aux tarifs non-concurrentiels.
- Étude prospective: parkings de covoiturages à établir.

4. La Province de Luxembourg a « mal à sa mobilité »

Structurellement le Luxembourg connaît une mobilité particulière liée à:

- Sa faible densité d'habitat pour son territoire étendu.
- Des lignes de bus historiques (lignes de substitution de lignes ferroviaires et des anciennes lignes de tram).
- Des lignes TEC aux heures de pointe et des lignes scolaires.
- Des villages presque complètement isolés.
- Des lignes SNCB, gares et P.A fermés ou à trafic bi-horaire.

5. Des actions portées par une vision, pour un Luxembourg plus mobile

- Luxembourg 2010: une occasion à saisir: cette démarche de prospective et de planification de territoire a placé la mobilité parmi ses priorités (12 projets sur 60 en lien avec la mobilité).
- Création d'une grappe Mobilité et mise en réseau des acteurs actifs en mobilité.
- La Maison de la mobilité en Luxembourg, une nouvelle opportunité pour ensemble, construire la mobilité de demain.

6. Vision stratégique opérationnelle

- Participation à l'enquête de Mobilité fédérale **Beldam** pour mieux cerner les comportements et les besoins de nos concitoyens.
- Mise en place d'un **Plan Provincial de mobilité** pour mettre en œuvre et structurer les différents projets.
- Ce mercredi mise en place d'une Maison de la Mobilité.

7. Les projets initiés

- **www.luxcovoiturage.be**: site pionnier initié en 2005.
- *Locomobile*, le service de taxi social, mis en place en partenariat avec les acteurs communaux et le monde de l'économie sociale, aujourd'hui géré par une SCFS avec 22 communes desservies.
- Financement de l'étude et implantation d'une station de *voitures partagées* (CAMBIO) sur Arlon.
- Financement d'une étude sur l'optimalisation des *véhicules pour personnes à mobilité réduite* et, à la suite, subsidiation des heures de week-end et de soirées pour ce type de transport. A développer!
- Passer à une phase de programmation et de réalisations de parkings de covoiturage et promotionner ce type de partage de mobilité.
- Promotionner et soutenir des initiatives de covoiturage en gestion dynamique et en temps.
- Soutien et développement d'initiatives comme VAP, Autopia, Taxi-Stop, …
- Partager la mobilité un concept a promouvoir.

8. A moyen et long terme

- SNCB: inquiétudes quant aux conséquences des économies imposées à la SNCB, pour les lignes et dessertes rurales.
- Maintien du plan d'investissement sur la ligne Bruxelles – Luxembourg – Strasbourg – Bâle et maintien du statut international de cette ligne.
- Maintien et développement du trafic marchandise et du terminal containers de Athus.

9. Osons la mobilité

Un territoire ne se développera que s'il peut résoudre ce défi. Soyons acteur de ce changement: Bougeons tous, bougeons mieux.

La Province, ses acteurs et décideurs peuvent et doivent y contribuer!

LEADER-Periode 2014 bis 2020
Erste grenzüberschreitende Entwicklungsstrategie im deutsch-luxemburgischen Moseltal

Philippe Eschenauer

Auf beiden Seiten der deutsch-luxemburgischen Grenzmosel leben Menschen, in deren Alltag die besondere Situation im Grenzraum seit vielen Generationen eine wichtige, oftmals sogar eine entscheidende Rolle spielt. Wann immer die Menschen hier durch Grenzen getrennt waren, gab es Bemühungen, sich mit diesen zu arrangieren oder sie nach den jeweiligen Möglichkeiten zu überwinden.

Heute, vor allem seit der Unterzeichnung der Schengen-Verträge, leben die Menschen in vielerlei Hinsicht ganz selbstverständlich mit der Staatsgrenze. Die Verzahnungen und der Austausch sind vielfältig und haben sich in den letzten Jahrzehnten deutlich intensiviert – ob beim Wohnen, beim Einkaufen oder Arbeiten.

Die beiden LEADER-Aktionsgruppen Miselerland (L) und Moselfranken (D) pflegen seit vielen Jahren enge Kontakte und wollen diese in den kommenden Jahren noch wesentlich vertiefen.

Unsere Vision: Trotz der uns trennenden Staatsgrenze ist es möglich, in EINER Region zu leben und diese gemeinsam weiterzuentwickeln. Dazu gehören ein enger Austausch, gemeinsame Zielvorstellungen und immer wieder gemeinsame Projekte und Initiativen.

LEADER ist für unsere Region dabei ein entscheidendes Hilfsmittel. Zum einen, um unsere erfolgreiche Projektarbeit der letzten Jahre fortzusetzen – zum anderen, um uns auf dem Weg zur gemeinsamen Entwicklung der EINEN Region weiter gegenseitig zu unterstützen. Wir sind ein beispielhafter europäischer Nachbarschaftsraum, ländlich geprägt, aber unter starkem Einfluss zweier Großstädte (Luxemburg und Trier).

Mit einer beispielhaften Initiative wollen unsere beiden LEADER-Arbeitsgruppen die Menschen in der Region inspirieren und sie in ihrer Kooperation bestärken. Wir sind davon überzeugt, dass die Menschen in unserer Region von einer weiteren Intensivierung der Zusammenarbeit stark profitieren können.

Dabei sind die finanziellen Aspekte der LEADER-Förderung nach wie vor ein zentrales Element – mehr und mehr wollen wir jedoch das wachsende gegenseitige Verständnis und das Herausbilden des Zusammengehörigkeitsgefühls in den Vordergrund rücken. Dies betrifft alle Menschen in der Region ganz persönlich, sie wollen wir mit diesem Ansatz erreichen.

Dieses Ziel verfolgen wir im Rahmen der europaweit ersten grenzüberschreitenden LEADER-Strategie durch die Arbeit in drei Handlungsfeldern, die sich ableiten aus den drei Dimensionen der Nachhaltigkeit, angepasst an unsere konkrete Situation und die Anforderungen der gemeinsamen Region. In den drei Handlungsfeldern „Lebensgrundlagen gemeinsam bewahren“, „Wirtschaftlich zusammen wachsen“ und „Sozialen Zusammenhalt stärken“ sind horizontale und regionale Zielsetzungen definiert. Diese wurden direkt aus der Stärken-Schwächen-Analyse und den in den vergangenen Jahren erkannten Bedarfen unserer gemeinsamen Region und der beiden LAG-Gebiete abgeleitet.

Die inhaltlichen und regionalen Zielsetzungen werden jeweils durch mehrere Maßnahmenbereiche unterfüttert, deren Funktion die thematische und inhaltliche Konkretisierung des regionalen Entwicklungszieles ist. Sie bilden die konzeptionelle Verbindung zu den weiter konkretisierten Projektideen und Projekten.

Mit unserem gemeinsamen Entwicklungskonzept leben wir modellhaft vor, was über eine gute Zusammenarbeit und das „sich verstehen“ der Menschen vor Ort möglich ist. Mehr denn je gilt es, sich darauf zu besinnen, dass es bei allen Aktivitäten der Regionalentwicklung letztendlich um die Menschen geht. Und sie sind es, die wiederum selbst durch ihr Denken und Handeln die Entwicklung ihrer Region maßgeblich beeinflussen.

Weiteren Grenzregionen in Europa kann und soll das vorliegende Konzept als Beispiel und Anhaltspunkt dienen, wie ein Weg zur gemeinsamen Region beschritten werden kann.

Terroir Moselle – gemeinsam stärker Zukunftsweisende, grenzüberschreitende Zusammenarbeit im europäischen Tal der Mosel

Ségolène Charvet

Vor fünf Jahren beschlossen Vertreter von Weinbauorganisationen und LEADER-Gruppen, Mitarbeiter der geologischen Ämter und Winzer aus den drei Ländern des Moseltals in Zukunft enger zusammen zu arbeiten. Als Mindestziel, das es zu erreichen galt, war eine gemeinsame Broschüre geplant, in der man die Vielfalt der Weine des Moseltals in Zusammenhang mit den einzelnen Weinlagen, den geologischen Begebenheiten, den klimatischen Verhältnissen und den Arbeitsweisen, Traditionen und Kulturen der Winzer darstellen wollte. Nach einem Jahr intensiver Vorarbeit konnten über 20 Partnerorganisationen aus Deutschland, Frankreich und Luxemburg im Rahmen des prestigeträchtigen Trierer Weinforums Mosel 2010 das Projekt „TERROIR MOSELLE“ vorstellen, das neue Maßstäbe im Bereich der Förderung des europäischen Moseltals und seiner Weine setzt. Dank gemeinsamer Kommunikationskonzepte und -strategien soll der Moselwein zum europäischsten aller Weine werden. Aus dem bescheidenen Ziel einer gemeinsamen Broschüre war die Vision einer intensiven und fortwährenden Kollaboration zwischen den Winzern und Weinbauvereinigungen des gesamten Moseltals, von Toul bis nach Koblenz, geboren. Das europäische Tal der Mosel mit seinen französischen, luxemburgischen und deutschen Weinbauregionen ist eine der faszinierendsten Kulturlandschaften in Europa. Über zwei Jahrtausende hinweg hat hier die Tradition des Weinbaus Land und Leute geprägt. An den Ufern der Mosel wachsen auch heute noch traditionelle Rebsorten, aus denen authentische Weine von höchster Qualität in handwerklicher Produktion entstehen.

Gleiche Traditionen und Bedingungen

Diese Grundwerte des traditionellen Weinbaus stehen bei den französischen, deutschen und luxemburgischen Winzerinnen und Winzern des Moseltals im Vordergrund und stellen die natürliche, regionale Antwort auf ein heute schier unüberschaubar gewordenes, weltweites Angebot an Weinen dar, die allzu oft aus industrieller Produktion stammen.

Beiderseits der Mosel haben die Weinbaubetriebe aber auch mit den gleichen Problemen zu kämpfen. Nördliche Lage und somit unberechenbare klimatische Verhältnisse, ein oft schwer zu bearbeitendes Gelände, kostspielige Produktion, hohe Standards und hart umkämpfte Absatzmärkte. Immer wieder müssen sich die nördlichen Weinbaugebiete gegen die Bestrebungen der südlichen Regionen wehren, die weinbaulichen und produktionstechnischen Kriterien so zu gestalten, dass die wirtschaftlichen Überlebenschancen der Betriebe im Norden arg geschmälert werden.

Darüber hinaus sind die Weinbaugebiete der Welt heute in jedem Supermarkt vertreten, der Kunde hat die Wahl zwischen abertausenden von Weinen. Und was er nicht im Handel um die Ecke findet, bestellt er übers Internet. Um ihre Marktpositionen wesentlich verbessern zu können, schließen sich die Winzer der einzelnen Weinbaugebiete deshalb in regionalen Vermarktungsorganisationen zusammen. Als bekannte Beispiele seien hier nur Bordeaux, Bourgogne, Loire oder Alsace in Frankreich, Rioja in Spanien oder Toscana und Piemont in Italien genannt.

Für das Anbaugebiet Mosel gibt es allerdings mittlerweile gleich vier solcher Zusammenschlüsse: AOC Côtes de Toul und AOC Moselle in Frankreich, der „Institut viti-vinicole für die Luxemburger Mosel und die Moselweinwerbung für die Deutsche Mosel. Eine enge Zusammenarbeit und gemeinsame Auftritte und Werbemaßnahmen waren nie ein Thema, frei nach dem Motto „Jeder für Sich, Gott für uns alle“ – trotz mancher Anstrengung und vieler guter Kontakte und Freundschaften über die Staatsgrenzen hinweg. Durch die nationalstaatlich getrennte Vermarktung der jeweiligen Weinbau- und Tourismusregionen entlang der Mosel blieben erhebliche Vermarktungspotenziale brach liegen.

Seit 2008 arbeitet eine Gruppe namhafter Spezialisten und Vertreter verschiedener Institutionen aus Weinbau und Regionalentwicklung der 3 Länder an der Vorbereitung eines Projektes zur gemeinsamen Förderung des Moseltals mit seinen geografischen und geologischen Gegebenheiten, den weinbaulichen Traditionen seiner Winzerinnen und Winzer, der unvergleichlichen Vielfalt seiner Weine und dem atemberaubenden Reichtum seiner Kulturen und Gemeinschaften.

Das Moseltal – ein europäisches Terroir

Seither fördern im Rahmen des Projektes TERROIR MOSELLE und in grenzüberschreitender Zusammenarbeit französische, luxemburgische und deutsche Moselwinzerinnen und -winzer gemeinsam Image und Bekanntheit ihrer Weine. Natürlich bestehen die nationalen Werbeinstitutionen weiterhin und leisten eine hervorragende Arbeit.

Aber das absolute Alleinstellungsmerkmal des Weinbaugebietes Mosel, seine Internationalität – ein Fluss, 3 Länder und tausende Weine – ist eine Besonderheit, die man nur zusammen glaubhaft zu nutzen vermag.

Die Identität des Moselweins wurde mit Terroir Moselle um eine europäische Dimension erweitert, mit dem Ziel, ihn langfristig und glaubwürdig zum europäischsten aller Weine zu erheben.

Der Aufbau dieses Projektes und vor allem seine nachhaltige Umsetzung stellen eine große Herausforderung dar. Gemeinsame Verkostungen von Weinen der deutschen, luxemburgischen und französischen Mosel ermöglichen ein besseres Kennenlernen der Winzerinnen und Winzer untereinander über die Staatsgrenzen hinweg und helfen, Berührungsängste abzubauen.

In länderübergreifenden Gruppen wurden gemeinsame Inhalte zu den Themen „Naturraum und Landschaft“, „Weinbau und Oenologie“ sowie „Kultur und Tradition“ abgestimmt.

Die transnationale Kommunikation war dabei stets als Ergänzung der bestehenden Vermarktungsstrategien und weintouristischen Konzepte der einzelnen Produzenten und regionalen oder nationalen Organisationen konzipiert.

LEADER macht’s möglich – Gründung der EWIV TERROIR MOSELLE

TERROIR MOSELLE wurde zuerst als sogenanntes Schnupperprojekt von den 4 LEADER-Gruppen Pays Terres de Lorraine, Miselerland, Moselfranken und Mosel im Rahmen ihrer LEADER-Entwicklungsstrategien während einem Jahr vorbereitet, um danach über 3 Jahre als europäisches LEADER-Kooperationsprojekt unter der Federführung des Luxemburger Winzerverbandes und mit insgesamt fast 20 verschiedenen Partnern aus den 3 Ländern und mit der finanziellen Unterstützung der Région Lorraine, des Großherzogtums Luxemburg, des Bundeslandes Rheinland-Pfalz und der Europäischen Union umgesetzt zu werden. Insgesamt wurden in diesen 3 Jahren 250.000 Euro investiert.

Höhepunkt dieses LEADER-Projektes war ohne Zweifel die Gründung einer Europäischen Wirtschaftlichen Interessenvereinigung in der ersten Hälfte des Jahres 2013. Diese EWIV hat zum Ende des Jahres alle Aktivitäten und Verpflichtungen übernommen, die in den Vorjahren aufgebaut und treuhänderisch vom Luxemburger Winzerverband im Namen der Projektpartner verwaltet wurden.

Mit der EWIV als neuem Projektträger konnte eine Verlängerung des TERROIR MOSELLE-Projektes in der LEADER-Förderkulisse um ein weiteres Jahr bis Ende 2014 erreicht werden.

Unterschrift des Gründungsvertrages der Terroir Moselle EWIV: 13.05.2013

Auf dem Bild zu sehen sind die Gründungsmitglieder der EWIV TERROIR MOSELLE anlässlich der Gründungsfeierlichkeiten, zusammen mit Ministerin Margit Conrad, Bevollmächtigte beim Bund und für Europa (Rheinland-Pfalz), Anke Rehlinger, Ministerin für Umwelt und Verbraucherschutz (Saarland), Nicolas Schmit, Minister für Arbeit und Beschäftigung und Minister für Integrationsfragen (Luxemburg), Jean-Marie Halsdorf, Innenminister und Minister für die Großregion (Luxembourg), Michel Sinoir, Direktor der Regionalen Direktion für Landwirtschaft, Ernährung und Forst in Lothringen und der EU-Abgeordneten und Vorsitzenden des Weinausschusses Astrid Lulling. (Foto Ansgar Schmitz)

Die Gründungsmitglieder der EWIV TERROIR MOSELLE sind: Akademie für Wein und Kultur e.V., Bernkasteler Ring, Elblingfreunde der südlichen Wein-Mosel e.V., Fédération Viticole du Grand-Duché de Luxembourg, Saarländischer Winzerverband, Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz, Moselwein e.V., ODG AOC Côtes de Toul, ODG AOC Moselle, Ruwer Riesling, Saar Riesling, Saar-Obermosel-Touristik e.V., Verbandsgemeinde Ruwer, Römische Weinstraße e.V. und der Weinbauverband Mosel.

Die Anwesenheit von gleich 4 Ministern und zahlreichen hochrangigen Politikern aus Deutschland, Frankreich und Luxemburg – nebst vielen Bürgermeistern und Vertretern der Regionen – anlässlich der Unterzeichnung des Gründungsabkommens auf der MS Princesse Marie-Astrid, unterstreicht die Bedeutung dieses Zusammenschlusses von 15 Organisationen, Verbänden und Gebietskörperschaften aus den drei Moselländern zu einer Lobby für das europäische Moseltal.

Zahlreiche Aktivitäten und Aktionen

Unter der Leitung der Projektbeauftragten Ségolène Charvet wurden seit den zarten Anfängen etliche Initiativen umgesetzt.

Bei vielen Gelegenheiten konnte TERROIR MOSELLE vorgestellt werden, beginnend bei den offiziellen Moselweinbautagen in Deutschland und Luxemburg, auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin, dem Salon de l'Agriculture in Paris oder der Foire Agricole in Ettelbrück, aber auch zu vielen anderen Gelegenheiten.

Die am Anfang als einfache Wanderausstellung über Wein und Architektur geplante Standinfrastruktur wurde dank der tatkräftigen Mitarbeit der TM-Mitglieder, des Architekturbüros WeB-Architecture aus Grevenmacher und der Firma Unikat zu wunderschönem Ausstellungsmobiliar bestehend aus einer Theke, auf der die Mosel in ihrer Gesamtlänge dargestellt ist und aus 14 Stelen, die die verschiedenen Mosel-Weinbaugebiete und die ihnen eigenen Architektur-und Kulturelemente zeigen.

Zweimal war TERROIR MOSELLE bereits mit diesem Stand in Brüssel auf der Megavino zugegen, wobei Winzer aus den 3 Ländern ihre Produkte gemeinsam dem internationalen Publikum vorstellen konnten. Auch im Brüsseler Europaparlament konnte das Projekt unter der Schirmherrschaft der Parlamentarierin Christa Klass und in Präsenz einer Delegation aus etwa 50 Weinköniginnen der deutschen und luxemburgischen Mosel, Vertretern der Brüderschaft der Capucine (Lothringen) und Winzern aus Frankreich, Luxemburg und Deutschland sowie etlicher Vertreter von Weinbauorganisationen den interessierten Parlamentariern vorgestellt werden.

Beim Workshop „Weinverkauf in der Großregion" wurden unter zahlreichen, interessierten Winzern Lösungen bezüglich Ausfuhr, Export und Steuergesetzgebung in den jeweiligen Ländern ausgetauscht. Hier bietet es sich geradezu an, eine grenzüberschreitende Dienstleistungsgesellschaft zu gründen, die diese Hürden zu überwinden hilft.

Der Stand Terroir Moselle

Megavino (Brüssel), Oktober 2013

Die von der geologischen Arbeitsgruppe entworfene weingeologische Karte gibt Aufschluss über die Eigenarten der verschiedenen Böden und damit auch der verschiedenen Moselweine. Sie ziert nicht nur die Glasplatte des Ausschankmöbels sondern auch die Deckseite des Info-Flyers. Auf Initiative dieser Arbeitsgruppe wurden in Luxemburg und Lothringen Lack-Bodenprofile erstellt, die die bereits vor einiger Zeit an der deutschen Mosel hergestellten Profile sinnvoll ergänzen.

Im Rahmen eines Preisausschreibens an der Fachhochschule Trier konnte außerdem ein neues Logo entworfen werden. Die brandneue Internet-Seite www.terroirmoselle.eu ist seit Anfang 2014 online.

Und natürlich wurde neben etlichen Arbeitstreffen und jährlichen Vollversammlungen auch sehr viel Öffentlichkeits- und Pressearbeit betrieben. Im Mai 2015 fand die erste Pressereise zwischen Toul und Trier statt. Die Resonanz bei den eingeladenen Medien war groß und sehr positiv.

Mit der Initiative WeIntegration, einem Verkostungs-Event in Zusammenarbeit mit dem LEADER Miselerland-Projekt Pacte d'intégration und den kommunalen Intergationskommissionen des Miselerlandes, gelang es, vielen Nicht-Luxemburgern die Weine des europäischen Moseltals in lockerer Atmosphäre zu präsentieren. Die regelmäßige Wiederholung dieses Wine-Happenings ist programmiert.

Für die Zukunft sind noch etliche Initiativen geplant. Entlang der Mosel, zwischen Toul und Koblenz, sollen nach und nach in kooperierenden Weinstuben und weinthematischen Anlaufstellen Info-Points über TERROIR MOSELLE angelegt und transnationale Verkostungen angeboten werden. Außerdem steht eine Harmonisierung der Weiterbildungsangebote an, die jeweils für die Kollegen der anderen Länder zugänglich gemacht werden sollen. An der Entwicklung eines Konzeptes für ein „großregionales Weinschiff", das regelmäßig in den verschiedenen Ortschaften des Moseltals anlegen könnte, wird rege gearbeitet. Das Thema „Weintourismus" wurde zunächst ab 2015 als Hauptziel der Zusammenarbeit ausgesucht, da bisher wenig Gemeinsames gemacht wurde.

TERROIR MOSELLE – ein Netzwerk der Winzer im Moseltal

Die gemeinsame Imageförderung der Weinkulturlandschaft Mosel mit den Säulen Weinbau und Tourismus ist erklärtes Ziel von TERROIR MOSELLE. Das Moseltal soll als Weingarten der Großregion die Verbindung zwischen den Städten herstellen und dem Metropolnetzwerk eine tiefere, menschlichere und genussvollere Note verleihen.

Fête des vins de Moselle 2015

Um diese Ziele zu erreichen, braucht es eine Vernetzung der Winzer und ihrer Organisationen über die Landesgrenzen hinweg. Durch die unterschiedlichen und vielfältigen Produkte gibt es keine direkte Konkurrenz, die Weine ergänzen sich hervorragend. Verschiedene Herausforderungen geht man nun gemeinsam besser an. Die Winzer des europäischen Moseltals haben dies verstanden.

Mit der EWIV TERROIR MOSELLE haben sie nunmehr ein Instrument zur Verfügung, das die transnationale Kooperation auf eine neue Qualitätsstufe hievt.

Fakten zur europäischen Region Moseltal

Fluss, Terroir, Wein und Weinbau – dies sind die verbindenden Elemente dieser europäischen Region, die sich über 500 Kilometer entlang der Mosel durch Lothringen, Luxemburg, das Saarland und Rheinland-Pfalz erstreckt.

Die Mosel ist aber auch das Rückgrat der Großregion Lothringen-Saarland-Rheinland-Pfalz-Luxemburg-Wallonien-Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens mit annähernd 12 Millionen Einwohnern.

Mehr als 10.500 ha Weinberge auf beiden Uferseiten:

- Lothringen: 180 ha,
- Luxemburg: 1350 ha,
- Saarland: 110 ha,
- Rheinland-Pfalz: 8880 ha.

In fast 4000 Weinbaubetrieben arbeiten täglich Winzerinnen und Winzer am Erhalt und der Belebung der Wein-Kulturlandschaft des Moseltals:

- Lorraine: Côtes de Toul 22, Moselle 33,
- Luxemburg: 500,
- Saarland: 33,
- Rheinland-Pfalz: 3379.

In 229 Ortschaften prägt der traditionelle Weinbau das Landschaftsbild:

- Lorraine: Côtes de Toul 8, Moselle 23,
- Luxemburg: 22,
- Saarland: 4,
- Rheinland-Pfalz: 172.

Weitere Informationen über TERROIR MOSELLE sind auf der Homepage unter der Adresse www.terroirmoselle.eu oder bei der Projektleitung erhältlich.

Vitalität und Attraktivität ländlicher Räume in der Schweiz durch Zusammenarbeit verschiedener Akteure fördern

Gustav Munz

Ländlicher Raum der Schweiz

Der ländliche Raum umfasst in der Schweiz fast 80 % der Landesfläche. Er bietet Wohnraum für ein Viertel der Wohnbevölkerung in zwei Dritteln aller Gemeinden. Die wirtschaftliche Entwicklung kann nicht Schritt halten mit jener in den urbanen Gebieten. Diese dehnen sich auf Kosten des ländlichen Raumes aus, so dass auch der Anteil der ländlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung laufend abnimmt. Von Abwanderung betroffen ist insbesondere der periphere Raum und dabei vor allem Alpentäler ohne touristische Zentren.

Die für den ländlichen Raum wichtige Land- und Forstwirtschaft ist einem fortschreitenden Strukturwandel unterworfen, bleibt aber dennoch ein zentraler Akteur bezüglich Bodennutzung und ökologischer Leistungen. Sie ist ein bedeutender Partner in der Regionalwirtschaft und trägt mit ihren Leistungen zur Attraktivität und Vitalität des ländlichen Raums als Wirtschafts- und Wohnstandort sowie als Erholungsraum bei.

Die Wirkungszusammenhänge sind aber komplex, wechselseitig und nicht immer eindeutig. Empirisch gut abgestützte Ergebnisse sind nicht in ausreichendem Maße verfügbar. Vor diesem Hintergrund hat das Bundesamt für Landwirtschaft im Herbst 2014 die Studie „Beitrag der Landwirtschaft und der Agrarpolitik zur Vitalität und Attraktivität des ländlichen Raums“ ausgeschrieben. Die Studie soll sich unter anderem den Fragestellungen annehmen, wie „Vitalität“ und „Attraktivität“ im Kontext des ländlichen Raums definiert werden kann, welche Indikatoren geeignet wären um die Vitalität und Attraktivität für bestimmte Regionen abzubilden und welchen Beitrag die Landwirtschaft dazu leistet.

Politik der ländlichen Räume und Berggebiete

Anfang 2015 hat der schweizerische Bundesrat (Exekutive) den Bericht „Politik des Bundes für die ländlichen Räume und Berggebiete“ verabschiedet. Gleichzeitig hieß er auch den Bericht zur Agglomerationspolitik des Bundes 2016+ gut. Beide Berichte sind eng aufeinander abgestimmt und machen deutlich, dass der Bund die Vernetzung raumrelevanter Bundesaufgaben in diesen Räumen anstrebt und sie auch nutzen will.

Die Politik des Bundes für den ländlichen Raum versteht sich als Querschnittspolitik, die einen Orientierungsrahmen für verschiedene Sektoralpolitiken darstellt. Es besteht keine einheitliche statistische und allgemein akzeptierte Definition der ländlichen Räume und Berggebiete, die im Rahmen der Politik für diese Räume verwendet werden kann. Aus diesem Grund wird keine scharfe räumliche Abgrenzung vorgenommen.

Das Raumkonzept (2012) gibt jedoch vor, dass eine gewünschte räumliche Gesamtwirkung nur mit einer Planung erzielt werden kann, die institutionelle und sektorielle Grenzen überschreitet. Der Perimeter soll je nach Maßnahme und beteiligten Sektoralpolitiken dem dafür passenden funktionalen Raum entsprechen. Dabei ist es wichtig zu berücksichtigen, dass die Heterogenität der ländlichen Räume und Berggebiete sehr groß ist. Mit spezifischen Instrumenten soll der Zersiedlung der periurbanen ländlichen Räume wie auch der Abwanderung und Überalterung der peripheren ländlichen Räume entgegengewirkt werden.

Instrumente für den Ländlichen Raum

Vitalität und Attraktivität ländlicher Räume hat viele Eltern, die für ein gutes Resultat zusammenspannen müssen. Das zeigt die große Zahl von sektoralpolitischen Instrumenten und Maßnahmen mit direkter und indirekter Wirkung in den ländlichen Räumen und Berggebieten. Sie werden meist seit geraumer Zeit umgesetzt und genießen einen hohen Stellenwert in der Bevölkerung. Dennoch lassen sich einzelne Nutzungskonflikte oder Widersprüche nicht ganz ausschließen.

Beispiele unterstützender Programme und Politiken sind der bedeutende Finanzielle Lastenausgleich unter den Kantonen (NFA), die Neue Regionalpolitik des Bundes (NRP), die Unterstützung der Tourismuswirtschaft, die Agrarpolitik (Direktzahlungen, Investitionshilfen, Grenzschutz), die unterstützenden Maßnahmen im Bereich Natur und Umwelt oder auch die Einrichtung regionaler Naturparke.

Hinzu kommen je nach Thema und rechtlichen Grundlagen weitere Elemente der Kantone im Rahmen des föderalistischen Systems Schweiz.

Die Agrarpolitik des Bundes enthält einige Maßnahmen, die spezifisch die Entwicklung des ländlichen Raums bezwecken. Es sind dies vor allem die Investitionshilfen zur Unterstützung der gemeinschaftlichen Projekte zur regionalen Entwicklung (Wertschöpfung für die Landwirtschaft), von Gesamtmeliorationen (Flurbereinigungen) oder der Betriebsentwicklung (Direktvermarktung, Agrotourismus). Weitere Maßnahmen sind die Landschaftsqualitätsprojekte (als Teil der Direktzahlungen) oder auch die Maßnahmen aus dem Bereich von Produktion und Absatz (Kennzeichnung der Produkte, Absatzförderung). Sie alle tragen zur Steigerung der regionalen Wertschöpfung bei oder zur Gestaltung und Offenhaltung der Landschaft in ländlichen Räumen.

Handlungsansätze, Zusammenarbeit der Akteure

Zur besseren Abstimmung der raumwirksamen Sektoralpolitiken und zur vermehrten Berücksichtigung der räumlichen Voraussetzungen sollen sich die staatlichen Aktivitäten für die zukünftige Entwicklung der ländlichen Räume und Berggebiete an neuen Kooperationsformen über die institutionellen und sektoralen Grenzen hinweg verstärkt an strategischen Handlungsachsen orientieren. Diese zielen auf eine Stärkung der Akteure ab und gleichzeitig auf eine „Governance“ der besseren Abstimmung von Bund, Kanton und Gemeinden, sowohl untereinander als auch mit der Zivilgesellschaft.

Ein besonders wichtiges Thema für den ländlichen Raum – auch hinsichtlich Zusammenarbeit und Interessen der Akteure – ist die Sicherung der besten Böden für die landwirtschaftliche Produktion, dies auch zur Erhaltung einer angemessenen Selbstversorgung des Landes mit Lebensmitteln. Die zuständigen Stellen der Bundesverwaltung arbeiten dazu eng zusammen. Ein Beschwerderecht des Bundes zu letztinstanzlichen Entscheiden der kantonalen Gerichte bezüglich der agronomisch sehr wertvollen Fruchtfolgeflächen ist installiert. Das Parlament hat zudem mit der kürzlich verabschiedeten Revision des Raumplanungsgesetzes eine Verbesserung beim Kulturlandschutz bewirkt. Die Einführung noch wirksamerer raumplanerischer Bestimmungen zum Schutz der Fruchtfolgeflächen ist jedoch derzeit politisch (noch) nicht mehrheitsfähig.

Auf Bundesebene ist es vor allem das Bundesnetzwerk Ländlicher Raum, das sich mit den Aufgaben für den Ländlichen Raum auseinandersetzt.

In Bezug auf die eher generellen Aufgaben der Raumplanung ist es die Raumordnungskonferenz aller Bundesämter – oft auch in Zusammenarbeit mit den Kantonen.

Ergänzung von Instrumenten und Maßnahmen

Zur besseren Kohärenz und zum Einbezug der lokalen Akteure in die Governance sollen bestehende Instrumente weiter entwickelt und um neue ergänzt werden. Dies betrifft jene der Politik der ländlichen Räume und Berggebiete als auch gemeinsame Instrumente und Maßnahmen zusammen mit der Agglomerationspolitik. Die Landwirtschaft ist weitgehend in die Maßnahmen und die zuständigen Gremien eingebunden. Dadurch ergibt sich die Chance, beispielsweise Nutzungskonflikte frühzeitig zu erkennen und Kompromisse oder andere Lösungen zu finden. Die verbesserte vertikale Koordination einschliesslich der Zusammenarbeit mit Partnern vor Ort vereinfacht die Umsetzung der Bundespolitik.

Resümee

Ländlicher Raum. Beweg Dich.EU
Schlüssige Ansätze zur Weiterentwicklung ländlicher Räume aus der Blickrichtung europäischer Staaten

Thomas Mitschang

Über den Tellerrand schauen, von unseren Nachbarn lernen, gemeinsame Entwicklungsprojekte starten – das waren die Zielsetzungen der 36. Bundestagung der Deutschen Landeskulturgesellschaft (DLKG) in Birkenfeld. Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf den ländlichen Raum, die Mobilitätsproblematik in all ihren Facetten und die Notwendigkeit der Eigeninitiative der regionalen Akteure betreffen uns nicht nur in Deutschland, sondern genauso unsere europäischen Nachbarn. Der Austausch von Ansätzen und Strategien, die Netzwerkbildung über Grenzen hinweg und das Initiieren gemeinsamer Projekte – durch diesen internationalen Erfahrungsaustausch können innovative Ideen Schule machen und neue Ansätze im Umgang mit schrumpfenden Regionen gefunden werden.

Auditorium der 36. DLKG-Bundestagung in Birkenfeld

Die 36. Bundestagung der DLKG fand dem Tagungsthema entsprechend im demografie-betroffenen ländlichen Raum des Kreises Birkenfeld statt, im Bereich der Großregion SaarLorLux. Es fanden sich etwa 100 Teilnehmer aus dem In- und dem benachbarten Ausland auf dem Umwelt-Campus in Birkenfeld ein, um über das Tagungsthema zu diskutieren.

Eröffnet wurde der erste Tagungstag vom Vorsitzenden der Deutschen Landeskulturgesellschaft, **Herrn Prof. Dr. Karl-Heinz Thiemann**. In seiner Eröffnungsrede führte er in die grenzüberschreitende Problemstellung ein, dass sich strukturschwache ländliche Räume in einer demografischen Abwärtsspirale befinden. Um diesem negativen regionalen Teufelskreis in den Schrumpfungsregionen zu entrinnen und gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen zu schaffen sind neue Strategien im Sinne eines Change Managements notwendig. Er erläuterte die Strategieentwicklungen der DLKG zum demografie-gerechten, sozialen Dorfumbau, die auf den vergangenen DLKG-Bundestagungen erarbeitet und intensiv erörtert wurden und auf dieser Bundestagung auf internationaler Ebene mit den europäischen Nachbarn ausgetauscht werden sollten.

Eröffnungsrede von Herrn Prof. Dr. Karl-Heinz Thiemann, Vorsitzender der DLKG

In diesem Zusammenhang stellte er fest, dass dem Thema „Mobilität“ eine Schlüsselrolle bei der Weiterentwicklung schrumpfender Regionen zukommt. Als Beispiele nannte er eine leistungsfähige Breitbandversorgung, tragfähige Verkehrsangebote, die Nahversorgung durch fahrende Händler und Dienstleister oder die mobile medizinische Versorgung und Pflege.

Da es keine Patentrezepte zur Entwicklung ländlicher Räume geben könne, seien die konkreten Strategien und einzelnen Projekte in den Regionen durch die Akteure selbst zu erarbeiten, abzustimmen und auf die örtlichen Verhältnisse anzupassen und umzusetzen. Dies setze wiederum aktive und initiative ländliche Räume voraus, die agil sind und sich bewegen.

Ziel der Tagung sei es, in einem internationalen Austausch drei zentralen Fragen der ländlichen Entwicklung zu erörtern:

1. Wie können die lokalen und regionalen Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten verbessert werden?
2. Wie kann eine ausreichende Mobilität in schwach besiedelten Regionen gewährleistet werden?
3. Wie können zukunftsfähige sorgende Gemeinschaften im ländlichen Raum initiiert werden?

Nachfolgend richtete **Herr Prof. Dr. Hans-Peter Mischler** von der Hochschule Trier ein Grußwort an das Auditorium. Er hieß die Tagungsteilnehmer auf dem Umweltcampus in Birkenfeld willkommen und stellte dessen Historie und aktuelle Ausrichtung vor.

Anschließend fand die Verleihung des DLKG-Förderpreises 2015 statt. Der Preis für besondere Leistungen zur Förderung von Landeskultur und Landentwicklung ging an **Frau Elfriede Huber**, Landratsamt Ortenaukreis, Amt für Vermessung und Flurneuordnung, die für ihre berufsbegleitende Masterarbeit „***Vergleich von Steillagenmechanisierungsformen im Weinanbau und Betrachtung der unterschiedlichen Vorgehensweisen in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hessen***“ gewürdigt wurde. Die Laudatio hielt **Frau Stefanie Flecke** vom Hessischen Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation, die insbesondere hervorhob, dass die komplex angelegte Masterarbeit sowohl wissenschaftlich methodisch als auch umsetzungsorientiert angelegt sei und daher sowohl für die Wissenschaft als auch für die Praxis neue Denkanstöße liefere.

Frau Elfriede Huber stellte im Anschluss die Kerninhalte ihrer Masterarbeit vor. Ausgehend von den aktuellen Rahmenbedingungen im Weinbau stellte sie die Steillagen-Mechanisierung in Falllinie der Steillagen-Mechanisierung durch Querbau gegenüber. Sie berichtete von Ihren Erhebungen über die unterschiedlichen Vorgehensweisen an der Mosel, im Rheingau und in Baden. Eine von ihr durchgeführte Vollkostenrechnung zur Traubenerzeugung führt zu dem Ergebnis, dass Steillagen auf Grund fehlender Liquidität im Betrieb oft nicht mit Raupenmechanisierungssystemen (RMS) mechanisiert werden können und dass auf Grund des zu geringen Steillagenanteils im Betrieb eine durchgreifende Mechanisierung oft nicht erfolgen kann. Als Fazit hielt sie fest, dass die Entwicklung der RMS die Flächenstilllegungen nicht aufhalten könne und dass die Bewirtschaftung von Querterrassen für die verbliebenen Winzer eine alternative Chance darstelle.

Überreichung des DLKG-Förderpreises 2015
(v. l.: Karl-Heinz Thiemann, Elfriede Huber und Stefanie Flecke)

Herr Moritz Kirchesch von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung – Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) führte anschließend mit seinem Fachreferat zum Thema „Notwendigkeit von Mobilität in ländlichen Räumen“ in das Tagungsthema ein. Er stellte zuerst die Aufgaben der DVS vor und definierte die Begriffe „Daseinsvorsorge“ und „Mobilität“ um zur These „Egal, wie die Aufgaben der Daseinsvorsorge auch immer ausgestaltet sein mögen, ohne die Sicherung der Mobilität ist eine Gewährleistung der Daseinsvorsorge nicht möglich“ zu gelangen.

Fachvortrag: Moritz Kirchesch

Aufbauend auf der Herausforderung, die der demografische Wandel für die Situation unserer ländlichen Räume mit sich bringt, zeigte er Lösungsansätze für Mobilitätsprobleme wie „service to people“, „people to service“, „E-Mobilität“ und „IKT“ auf und verdeutlichte diese Möglichkeiten anhand praktischer Beispiele aus dem gesamten Bundesgebiet.

Mit großer Spannung erwartete das Auditorium dann den Vortrag von **Herrn MinDirig Ralf Wolkenhauer**, der über neue Schwerpunkte und zukünftige Aufgaben und Entwicklungsstrategien für ländliche Räume aus Sicht des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft vortrug. Ausgehend von der grundlegenden Zielsetzung der Bundesregierung, gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu ermöglichen, fokussierte er auf die Notwendigkeit, für eine integrierte Entwicklung ländlicher Räume Ressortzuständigkeiten besser zu koordinieren, die Fördermöglichkeiten zu optimieren und die Gründung unternehmerischer Initiativen aus bürgerlichem Engagement zu erleichtern.

Als ersten Schritt in diese Richtung nannte er die Stärkung der Koordination, die sich im interministeriellen Arbeitsstab „Ländliche Entwicklung“, der interministeriellen Arbeitsgruppe „Ländliche Räume“ und in der AG Demografie-Strategie „Regionen im demografischen Wandel stärken“ widerspiegele. Als zweiter Schritt käme die Neujustierung der „klassischen“ Förderinstrumente zum Tragen.

Hier ging **Herr Ralf Wolkenhauer** auf den erweiterten Maßnahmenkatalog der E-LER-Förderperiode 2014 bis 2020 als zentrales Förderinstrument der 2. Säule der GAP, auf die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), auf die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ GRW, auf den Ausbau der Städtebauförderung, auf die Förderung des Ausbaus des Breitbandhochgeschwindigkeitsnetzes und auf die Förderung strukturschwacher Regionen ab 2020 ein. Als dritten Schritt führte er die Etablierung neuer Instrumente aus. Hier vertiefte er das Bundesprogramm „Ländliche Entwicklung“ (BULE) des BMEL, die Erweiterung des Förderspektrums der GAK und den BMEL-Bürgerdialog „Gut leben auf dem Land – was uns wichtig ist“.

Fachvortrag: MinDirig Ralf Wolkenhauer

Ziel des Bundesprogrammes „Ländliche Entwicklung“ sei die Förderung und Erprobung innovativer Ansätze in der ländlichen Entwicklung, deren Erkenntnisse bundesweit genutzt werden können.

In diesem Zusammenhang wurden Modell- und Demonstrationsvorhaben genannt, wie beispielsweise das Modellvorhaben Land(auf)schwung, das sich an unternehmerische Menschen vor Ort richtet, die selbst über die Umsetzung innovativer Ideen und deren Umsetzung in der Region auf der Grundlage eines Regionalbudgets entscheiden. Als Fazit stellte Ralf Wolkenhauer fest: „Wir sind noch auf dem Weg – Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft müssen eng zusammenwirken!“

Um den Netzwerkaufbau der aus den europäischen Nachbarländern stammenden Tagungsteilnehmer zu fördern und den internationalen Gedankenaustausch zu ermöglichen wurden anschließend **drei Thementische** eingerichtet.

Moderation der Thementische: Prof. Axel Lorig

Herr Prof. Axel Lorig vom Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten Rheinland-Pfalz moderierte die Netzwerkbildung und hob den Fokus der Thementische auf Strategien für sich selbst tragende Strukturen in ländlichen Räumen und auf den Ideenaustausch der anwesenden Kümmerer für den ländlichen Raum hervor.

Thementisch 1 diskutierte zum Thema „Wirtschaftsentwicklung und lokale Beschäftigung selbst in die Hand nehmen“. Geleitet wurde der Thementisch von **Herrn Stefan Mörsdorf**, Minister a.D., Geschäftsführer der Europäischen Akademie Otzenhausen. Insbesondere wurde herausgearbeitet, dass der Startup im ländlichen Raum erleichtert werden muss.

Hierzu sind Kultur und Haltefunktionen wichtig, damit das Interesse von Unternehmern am Umfeld des ländlichen Raumes geweckt wird.

Thementisch 1

Thementisch 2

Thementisch 2 behandelte das Thema „Mobilität in schwach besiedelten, grenzüberschreitenden Gebieten“. Die Leitung oblag **Herrn Otmar Weber**, Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz des Saarlandes.

Die Mobilität wurde hier grenzüberschreitend als der zentrale Faktor für die Daseinsvorsorge in den ländlichen Räumen identifiziert. Oft sind die mobilitätsbezogenen Rahmenbedingungen städtisch geprägt und werden so nicht den spezifischen Anforderungen des ländlichen Raumes gerecht. Auch Verwaltungsstrukturen sollten keine Hemmnisse darstellen sondern individuell auf den jeweiligen ländlichen Raum zugeschnittene Lösungsmöglichkeiten erlauben.

Thementisch 3

Thementisch 3 hatte „Sorgende Gemeinschaften: Neues Leitbild im demografischen Wandel“ als Leitthema und wurde moderiert von **Frau Andrea Soboth**, Institut für Regionalmanagement Gießen. Die Notwendigkeit als auch Ansatzpunkte für die Entwicklung von sorgenden Gemeinschaften wurden identifiziert. Explizit wurde diskutiert, was Dörfer selbst zu einer Entwicklung hin zur sorgenden Gemeinschaft beitragen können und welche Unterstützung, welche Handlungsspielräume und welches Know-How dazu benötigt werden.

Der zweite Tag begann nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden der Deutschen Landeskulturgesellschaft, **Herrn Prof. Dr. Karl-Heinz Thiemann**, mit dem Grußwort des saarländischen Ministers für Umwelt und Verbraucherschutz, **Herrn Reinhold Jost**. Dieser betonte die Bedeutung des Tagungsthemas für das Saarland und führte zu den aktuellen saarländischen Aktivitäten in diesem Umfeld aus. Anhand des saarländischen Mottos „Jeder kennt einen, der einen kennt“ plädierte er für Netzwerkbildung im ländlichen Raum und begrüßte den internationalen Austausch, der im Grenzland Saarland besondere Bedeutung hat.

Grußwort: Minister Reinhold Jost

Anschließend folgte ein Grußwort von **Herrn Hartmut Alker**, dem Vorsitzenden der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Nachhaltige Landentwicklung (Arge Landentwicklung), die gemeinsam mit der DLKG diese Tagung ausrichtete.

Grußwort: Hartmut Alker

Er führte aus, welche Herausforderungen im ländlichen Raum in Angriff genommen werden müssen, um Stillstand zu verhindern. Die Grundsatzpapiere der ArgeLandentwicklung, insbesondere die „Leitlinien Landentwicklung – Zukunft im ländlichen Raum gemeinsam gestalten“ weisen hierzu Handlungsleitfäden auf. Hartmut Alker forderte das Auditorium auf, durch Ideen und Visionen die notwendigen Entwicklungen anzugehen.

Den ersten Fachvortrag des zweiten Tages hielt der Landrat des Kreises Trier-Saarburg und gleichzeitig Vizepräsident des Institutes der Großregion (IGR) **Herr Günther Schartz** zum Thema „Wie können wir Fachkräfte in der Großregion ausbilden und behalten?“ Er skizzierte die Ausgangslage für seine Region, was die demografische Entwicklung und den Fachkräftemangel betrifft. Anschließend gab er detailliert Handlungsempfehlungen, wie man Fachkräfte im ländlichen Raum gewinnen kann, welche Handlungserfordernisse hierzu notwendig sind und wie man die Fachkräfte und insbesondere die Jugendlichen an den ländlichen Raum binden kann. Abschließend widmete er sich dem aktuellen Thema, unter welchen Voraussetzungen Flüchtlinge als Fachkräfte im ländlichen Raum eingesetzt werden können. Hier sprach er insbesondere das Problem bei der Erfassung von Qualifikationen, die Sprachförderung, Qualifizierungsmaßnahmen und bedarfsorientierte Zuweisungen in Kommunen an.

Fachvortrag: Landrat Günther Schartz

Monsieur Gérard Peltre, Präsident der R.E.D. und Ehrenbürgermeister der Gemeinde Lachausee, zeigte in seinem Vortrag auf, wie man in Frankreich dem demografischen Wandel durch Wecken der endogenen Kräfte vor Ort und durch das Eingehen von Partnerschaften begegnet. Er proklamierte: „Es gibt kein Land ohne Zukunft, höchstens ein Land ohne Projekte.“

Anhand der kleinen Gemeinde Lachausee zeigte er auf, wie mit regionalen Mikroinitiativen wirtschaftliche, sozioökonomische und kulturelle Impulse gesetzt werden können, um eine ländliche Region zu beleben. Der Vortrag wurde konsekutiv übersetzt von Dipl.-Übersetzerin und Konferenzdolmetscherin **Frau Eva-Maria Houy**.

Fachvortrag: Gérard Peltre

Frau Marianne Granz, Ministerin a.D., Präsidentin Europ'Age, begeisterte die Teilnehmer mit einem speziellen Blick auf den ländlichen Raum: Sie lenkte die Sicht auf die ältere Landbevölkerung als wertvolle und wertzuschätzende Ressource. Sie zeigte Strategien im Umgang mit den älteren Menschen im Ländlichen Raum auf. Wenn ein gutes soziales, gesundheitliches und kulturelles ländliches Umfeld für Senioren und Familien geschaffen ist, erfolge eine partizipative Stärkung der Daseinsvorsorge. Diese zentrale Netzwerk-Partizipation ermögliche es, ein soziales und räumliches Gleichgewicht zu schaffen, in dem ältere Menschen eine Perspektive haben und ihre Erfahrung und Kompetenz in die ländliche Gemeinschaft einbringen können.

Fachvortrag: Marianne Granz

In einem weiteren konsekutiv übersetzten Vortrag widmete sich **Monsieur Daniel Ledent**, Landtagsabgeordneter a.D., den Herausforderungen der Mobilität in ländlichen Räumen mit geringer Bevölkerungsdichte in der wallonischen Region und der Provinz Luxembourg. Anhand von Beispielen belegte er, dass sich eine ländliche Region nur positiv entwickeln kann, wenn sie das Mobilitätsproblem löst. Die Mobilität müsse an die Bedürfnisse aller angepasst werden. Er rief die Tagungsteilnehmer auf, in ihren Regionen Akteure für Mobilitätsverbesserungen zu sein: „Wenn sich alle bewegen, bewegt sich alles besser!“

Fachvortrag: Daniel Ledent

In einem gekoppelten Vortrag berichteten anschließend **Monsieur Philippe Eschenauer** von der LAG Miselerland und **Madame Ségolène Charvet**, Geschäftsführerin Terroir Moselle EWIV, von der ersten grenzüberschreitenden LEADER-Strategie im europäischen Moseltal und von der beispielhaften Zusammenarbeit zwischen Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Lorraine und Luxemburg im Rahmen von Terroir Moselle.

Monsieur Philippe Eschenauer stellte LEADER als „homöopatisches Mittel“ dar, das sogar Grenzflüsse wie die Mosel überwinden kann. Die gemeinsame Strategieentwicklung der LAG Miselerland und der LAG Moselfranken könne beispielgebend für weitere europäische Grenzregionen sein. **Monsieur Philippe Eschenauer** arbeitete anhand von plakativen Beispielprojekten die Gemeinsamkeiten innerhalb der LEADER-Regionen heraus.

Fachvortrag: Philippe Eschenauer

Gemeinsame Herausforderungen, Leitbilder, Handlungsfelder und Entwicklungsziele führen zu gemeinsamen Maßnahmen und zur engen Zusammenarbeit in einer gemeinsamen Gesamtregion. Hierdurch könne das LEADER-Potenzial als echtes europäisches Entwicklungsinstrument ausgeschöpft werden.

Fachvortrag: Ségolène Charvet

Madame Ségolène Charvet ging im Folgenden explizit auf die grenzüberschreitende europäische Kooperation Terroir Moselle ein. Diese Kooperation fördere den grenzüberschreitenden Weintourismus und ermögliche ein Netzwerk mit gemeinsamen Informations- und Vermarktungsstrategien. Weiterhin stellte sie zukunftsweisende, grenzüberschreitende Beispiel-Projekte von Terroir Moselle sowie die Organisation dieser Institution vor.

Im letzten Fachvortrag stellte **Herr Gustav Munz**, Bundesamt für Landwirtschaft Bern, dar, wie in der Schweiz die Vitalität und Attraktivität ländlicher Räume durch die Zusammenarbeit verschiedener Akteure gefördert werden kann. Ausgehend von der Darstellung der ländlichen Räume in der Schweiz stellte er die Politik des Bundes für die ländlichen Räume und Berggebiete vor und veranschaulichte die Instrumente zur regionalen Entwicklung. Schließlich präsentierte er Umsetzungsbeispiele zur Anwendung dieser Instrumente.

Fachvortrag: Gustav Munz

In der folgenden Plenumsdiskussion, die wiederum von **Frau Andrea Soboth** moderiert wurde, hatten die Teilnehmer die Gelegenheit, zu den Inhalten der Fachvorträge Fragen zu stellen und die unterschiedlichen Aspekte zu diskutieren.

Abschließend fasste der stellvertretende Vorsitzende der DLKG, **Herr Thomas Mitschang**, die Tagungsinhalte noch einmal zusammen. In seinem Schlusswort ging er auf einen Zeitungsartikel der Welt am Sonntag vom 21.06.2015 ein, der den Titel „Auf dem Land gehen die Lichter aus“ trägt. Er äußerte seine Hoffnung, dass Tagungen wie diese Bundestagung der DLKG dazu beitragen, dass grenzüberschreitend die Akteure im ländlichen Raum dafür Sorge tragen, dass der ländliche Raum auch in Zukunft vital und mobil bleibt und somit die Lichter nicht ausgehen, sondern wieder etwas heller leuchten.

Im Anschluss fand die offizielle Mitgliederversammlung der DLKG statt.

Mitgliederversammlung der DLKG

Der zweite Tag der Bundestagung endete schließlich mit einem besonderen gemütlichen Beisammensein. Als Rahmenprogramm wurde das Programm "Wir ziehen nach Amerika" vom Fahrenden Spielmann und Sänger **Thelonius Dilldapp** und seinem Spielmannskollegen **Severin der Jüngere** aufgeführt.

Das Programm mit Gesang und Gedichten über die Auswanderungswellen des 18. und 19. Jahrhunderts passte thematisch zur Bundestagung und zur aktuellen Flüchtlingsdiskussion und verlieh diesen Thematiken einen anderen geschichtlichen Blickwinkel. Die Teilnehmer waren begeistert

Der dritte Tag der Bundestagung stand ganz im Zeichen der beiden Exkursionen.

Exkursion 1:

Nationalpark Hunsrück-Hochwald – eine Chance für die ländliche Region

22 Teilnehmer fanden sich bei wunderschönem Wetter pünktlich am Treffpunkt auf dem Umweltcampus ein und wurden von der zertifizierten Natur- und Landschaftsführerin **Frau Anja Eckhardt** begrüßt.

Mit dem Bus ging es dann zum Einstieg in den Nationalpark nach Kempfeld. **Frau Anja Eckhardt** stellte Entstehungsgeschichte, Beschaffenheit, Abgrenzung und Zielsetzung des Nationalparkes vor. „Natur Natur sein lassen“ ist das Leitziel des Nationalparks und dieses naturbelassene Entwicklungsszenario konnten die Teilnehmer auf der Wanderung durch das Schutzgebiet hautnah erleben.

Auf den Spuren von Kelten und Römern ging es von der aussichtsreichen Wildenburg über den Hexentanzplatz bis zur Mörschieder Burr, einer Quarzit Rosselhalde mit wunderschöner Aussicht.

Neben der altholzreichen Waldlandschaft und den Schutthalden konnten zahlreiche geologische und geschichtliche Highlights entdeckt werden. Auf die Besonderheiten von Flora und Fauna, wie beispielsweise die schützenswerte Wildkatze, ging **Frau Anja Eckhardt** detailliert ein.

Die Schwierigkeiten bei der Ausweisung des Nationalparkes wurden dargestellt, aber auch die Chancen aufgezeigt, die der Nationalpark für die ländliche Entwicklung in dieser demografie-geplagten Region bietet. Neue Arbeitsplätze und regionale Identität sollen der Landflucht entgegenwirken. Sanfter Tourismus unter Berücksichtigung naturschutzfachlicher Zielsetzungen soll einen nachhaltigen Nutzen für die alternde ländliche Bevölkerung erzeugen und jungen Leuten Ideen zur Gründung und Ansiedlung von Unternehmen liefern.

Nach der Wanderung auf einer Teilstrecke des Saar-Hunsrück-Steiges stärkten wir uns mit einem typischen Hunsrücker Spießbraten, bevor es mit dem Bus weiter nach Herrstein ging.

Dort besichtigte die Exkursionsgruppe die historischen Gassen des Ortes und **Frau Anja Eckhardt** untermalte das Szenario mit der einen oder anderen historischen Begebenheit.

Abschließend fuhren wir zurück zum Umweltcampus, wo die 36. Bundestagung der DLKG endete.

Exkursion 2:

MELANIE-Projekte im Saarland

Presseartikel aus der Saarbrücker Zeitung, Nr. 220, 22. September 2015:

Für die Dörfer und die Menschen – Tagungsteilnehmer besuchten Projekte zur Dorfentwicklung unter anderem in Hoof.
Die Bundestagung der Deutschen Landeskulturgesellschaft hat in Birkenfeld stattgefunden. Modellprojekte zum Thema „Ländlicher Raum. Beweg dich. EU“ schaute sich eine Delegation in Freisen, Steinberg-Deckenhardt und in Hoof an.

Von SZ-Mitarbeiter Frank Faber

Es sind Dorfentwickler, Mitarbeiter von Planungsbüros und kommunalen Verwaltungen: Alle nehmen an der Bundestagung der Deutschen Landeskulturgesellschaft (DLKG) in Birkenfeld teil.

Die Tagungsteilnehmer staunen nicht schlecht, als sie im St. Wendeler Ortsteil Hoof aus dem Bus steigen und von Charlie Chaplin alias Klaus Riefer begrüßt werden.

Klaus Riefer als Charlie Chaplin (rechts) hat Karl-Heinz Thiemann porträtiert.
Foto: Frank Faber

Es ist aber kein Ausflug, nur um sich an Riefers Slapstick-Einlagen zu erfreuen. „Wir schauen uns Modellprojekte der Dorfentwicklung vor Ort an und suchen den Erfahrungsaustausch“, sagt der DLKG-Vorsitzende Karl-Heinz Thiemann.

Bei der Dorfentwicklung müssten die Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht die Bauwerke, so der Professor der Universität der Bundeswehr in München. „Wichtig dabei ist, dass die Dorfgemeinschaft zu einer sorgenden Gemeinschaft wird, die sich für das Allgemeinwohl einsetzt“, präzisiert Thiemann. Ortsvorsteher Gernot Müller (SPD) veranschaulicht die Dorfentwicklung in Hoof mit einem Film über die vergangenen zehn Jahre und informiert die Delegation über die Projekte Radstation, das Betreuungs- und Verpflegungsfahrzeug des Deutschen Roten Kreuzes, das Kulturzentrum Kulturhoof und das Dorfladen-Bistro.

„Ohne die Menschen und deren Beständigkeit in der Sache, braucht man nicht anzufangen“, meint Müller. Er berichtet weiter über das an den Start gegangene Kunstprojekt am Bunker, wo drei Künstler mit der Dorfgemeinschaft ein großflächiges Ortsporträt kreieren und gestalten. Ohne Frage: Das, was Thiemann sich unter einer sorgenden Gemeinschaft vorstellt, erfüllt die Hoofer Betreuungshelferin. Das Tätigkeitsfeld der Dorfschwester ist mit dem Projekt Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz erweitert und wird in den nächsten zwei Jahren vom Bundesfamilienministerium finanziert.

Dies sei das wichtigste Projekt, so Otmar Weber von der Agentur Ländlicher Raum, um zu zeigen, dass die Dörfer die Menschen seien und nicht die Dorfgemeinschaftshäuser.

„Ich bin schon davon beeindruckt. Dort wo die öffentliche Hand kein Geld zur Verfügung stellt, wird im Ort mit dem Dorfladen Geld über die ehrenamtliche Arbeit generiert“, stellt Thiemann fest. Des Weiteren hebt er heraus, wie Alt und Jung sich im 950-Einwohner-Ort ergänzen würden. „Damit die Dörfer für die Zukunft fit sind, gilt es, Visionen zu erarbeiten und Ideen in Eigenregie umzusetzen, davon habe ich in Hoof einiges mitnehmen können“, resümiert Thiemann.

Außerdem hat die Delegation die Kindertagesstätte mit Seniorentreff „Hand in Hand“ in Freisen und die Steinberg-Deckenhardter Musikwerkstatt besichtigt. Am Mittwoch, 7. Oktober, bekommt Hoof erneut Besuch. Dann ist die Landeskommission zu Gast, die den Ort zum Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft" begutachtet.

Anschriften der Autoren

(in alphabetischer Reihenfolge)

Ségolène Charvet
EWIV TERROIR MOSELLE
23, rue de Trèves
BP 57
L-6701 Grevenmacher LUXEMBURG

Philippe Eschenauer
Groupe d'Action Locale LEADER Miselerland
23, rue de Trèves
L-6793 Grevenmacher LUXEMBURG

Marianne Granz
Ministerin a.D., Präsidentin von Europ´age Saar-Lor-Lux
Am Schloßplatz
D-66119 Saarbrücken

Moritz Kirchesch
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS)
in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deichmanns Aue 29
D-53179 Bonn

Daniel Ledent
Past Président EUREGIO Sar Lor Lux
EuRegio SaarLorLux +
2, rue du Fort Wallis
L-2714 Luxembourg LUXEMBURG

Gustav Munz
Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Stv. Leiter Fachbereich Agrarökonomie, Raum und Strukturen
Bundesamt für Landwirtschaft BLW
Mattenhofstrasse 5
CH-3003 Bern SCHWEIZ

Thomas Mitschang
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum
DLR Rheinhessen-Nahe-Hunsrück
Abt. Landentwicklung und Bodenordnung
Rüdesheimer Straße 60-68
D-55543 Bad Kreuznach

Gérard Peltre
Président de l'association Internationale Ruralité Environnement Développement
International Association Rurality-Environment-Development Mairie
F-55210 Lachaussée FRANKREICH

Günther Schartz
Landrat Kreis Trier-Saarburg
Willy-Brandt-Platz 1
D-54290 Trier

Andrea Soboth
IfR Institut für Regionalmanagement
Projektbüro Gießen
Eichgärtenallee 50
D-35394 Gießen

Karl-Heinz Thiemann
Universität der Bundeswehr München
Fakultät für Bauingenieurwesen und Umweltwissenschaften
Institut für Geodäsie
Professur für Landmanagement
Werner-Heisenberg-Weg 39
D-85577 Neubiberg